

Gern, Klaus-Jürgen; Kooths, Stefan; Reents, Jan; Sonnenberg, Nils;
Stolzenburg, Ulrich

Article

Weltwirtschaft im Frühjahr 2022 - Verlangsamte Expansion bei hoher Inflation

Kieler Konjunkturberichte, No. 87

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic
Challenges

Suggested Citation: Gern, Klaus-Jürgen; Kooths, Stefan; Reents, Jan; Sonnenberg, Nils;
Stolzenburg, Ulrich (2022) : Weltwirtschaft im Frühjahr 2022 - Verlangsamte Expansion bei
hoher Inflation, Kieler Konjunkturberichte, No. 87, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/251905>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your
personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial
purposes, to exhibit the documents publicly, to make them
publicly available on the internet, or to distribute or otherwise
use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open
Content Licence (especially Creative Commons Licences), you
may exercise further usage rights as specified in the indicated
licence.*

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Weltwirtschaft
im Frühjahr 2022

Abgeschlossen am 17. März 2022

© Angela Husfeld/IRW Kiel

Nr. 87 (2022|Q1)

*Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Jan Reents,
Nils Sonnenberg und Ulrich Stolzenburg*

INHALTSVERZEICHNIS

Verlangsamte Expansion bei hoher Inflation

Überblick	3
Ausblick: Erholung der Weltkonjunktur wird gebremst	9
Die Prognose im Einzelnen.....	12
Konjunktur in den Vereinigten Staaten schwächt sich ab.....	12
China: Stärkung der Konjunktur erneut im Fokus der Politik	15
Gebremste Erholung in der Europäischen Union	17
Wenig konjunktureller Schwung in Japan	20
Kapazitätsengpässe im Vereinigten Königreich	21
Erholung in den Schwellenländern verliert an Schwung.....	22
Literatur	28

VERLANGSAMTE EXPANSION BEI HOHER INFLATION

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Jan Reents, Nils Sonnenberg und Ulrich Stolzenburg

Der Krieg in der Ukraine belastet die Weltwirtschaft in einer Phase, in der die Inflation bereits stark gestiegen ist und die US-Notenbank das Ende der extrem expansiven Geldpolitik eingeleitet hat. Höhere Rohstoffpreise treiben die Inflation zusätzlich an und führen zusammen mit den Auswirkungen der Sanktionen auf Transportzeiten und Produktionsketten voraussichtlich dazu, dass Lieferengpässe die Produktion in den kommenden Monaten wieder stärker hemmen werden. Wir haben unsere Prognose für die Expansion der Weltwirtschaft deutlich abgesenkt, um 1 Prozentpunkt in diesem und um 0,4 Prozentpunkte im nächsten Jahr. Gleichwohl steigt die globale Produktion (auf der Basis von Kaufkraftparitäten) mit Raten von 3,5 bzw. 3,6 Prozent in beiden Jahren noch etwas stärker als im längerfristigen Trend. Denn die konjunkturellen Auftriebskräfte sind beträchtlich, da die Corona-Pandemie die Weltwirtschaft in immer geringerem Maße beeinträchtigt wird. Covid-19 bleibt aber neben den Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit dem Ukrainekonflikt ein gewichtiges Risiko für die Weltwirtschaft, vor allem wenn Maßnahmen zur Eindämmung der Omikron-Variante die Produktion in China empfindlich beeinträchtigen sollten.

Kasten 1: Zu den Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland (S.27 – 28)

¹ Die Weltproduktion war im Jahr 2021 zwar bereits wieder höher als vor der Pandemie im Jahr 2019. Allerdings wächst die Weltwirtschaft im Trend deutlich, gemessen auf der Basis von Kaufkraftparitäten im

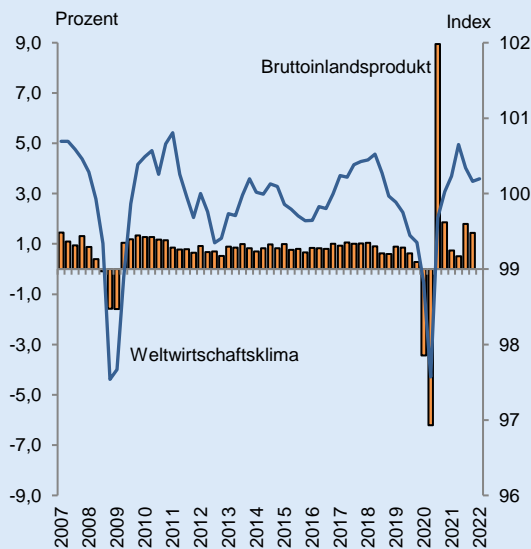
Überblick

Mit dem Krieg in der Ukraine haben sich neue Belastungen für die Weltkonjunktur ergeben. Die Angst vor einem Ausbleiben russischer Rohstofflieferungen hat die Rohstoffpreise stark steigen lassen und erhöht die ohnehin bereits beträchtlichen Risiken für die Preisstabilität. Die von der westlichen Staatengemeinschaft verhängten Sanktionen belasten nicht nur die russische Wirtschaft beträchtlich, sondern führen auch zu Exporteinbußen in den sanktionierenden Ländern, die zum Teil empfindlich sind. Die Produktion droht wieder verstärkt durch Probleme in den Lieferketten behindert zu werden. Unsicherheit über die weitere Entwicklung belastet Investitionen und Konsumklima. Der durch den Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelöste Schock trifft auf eine Weltwirtschaft, die sich von der durch die Corona-Pandemie verursachten Krise noch nicht vollständig erholt hat.

Im Winterhalbjahr setzte sich die weltwirtschaftliche Expansion trotz hoher Covid-Infektionsraten fort. Die Weltproduktion – berechnet auf der Basis von Kaufkraftparitäten – expandierte auch im Schlussquartal des Jahres 2021 mit einer Rate von knapp 1,5 Prozent kräftig (Abbildung 1). Im Jahr insgesamt dürfte sie um 5,7 Prozent gestiegen sein und damit einen beträchtlichen Teil der im Jahr zuvor verzeichneten Verluste wieder wettgemacht haben.¹ Die Covid-19-Pandemie beeinflusst die wirtschaftliche Aktivität zwar immer noch, doch werden angesichts hoher Impfquoten inzwischen in vielen Ländern auch höhere Inzidenzen toleriert, ohne dass Eindämmungsmaßnahmen ergriffen werden, die die Konjunktur stark dämpfen. Auch verliefen die Infektionswellen im vergangenen Jahr nicht mehr synchron. So wurde die

Trend um etwa 3 Prozent. Gegenüber einem Szenario ohne Pandemie ist der Verlust an wirtschaftlicher Aktivität somit erst etwa zur Hälfte wieder aufgeholt worden.

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität



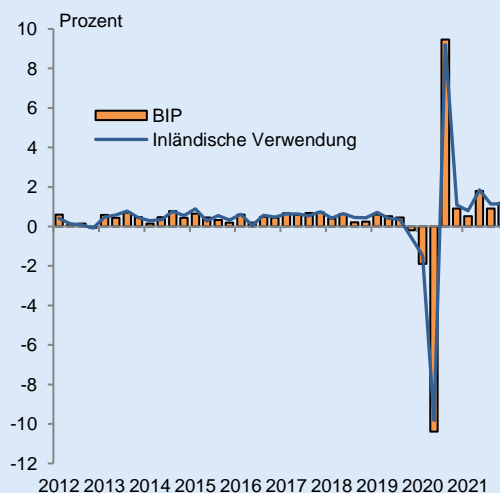
Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

wirtschaftliche Aktivität im Herbst im Wesentlichen nur in Europa durch die Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus spürbar gebremst, während in der übrigen Welt zumeist sinkende Infektionsraten verzeichnet wurden. Zwar hat sich die Omikron-Variante um die Jahreswende weltweit ausgebreitet und zu einem zum Teil drastischen Anstieg der Fallzahlen geführt. Auch wegen einer offenbar geringeren Krankheitslast wurden die Infektionsschutzmaßnahmen aber zumeist nur moderat verschärft und zuletzt vielfach sogar deutlich gelockert. Eine Ausnahme ist freilich China, wo nach wie vor eine No-Covid-Politik verfolgt wird und die Behörden auch bei geringen Fallzahlen mit drastischen Maßnahmen reagieren. Insgesamt hat sich das Weltwirtschaftsklima, das auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird, im ersten Quartal nur leicht verschlechtert. Dies spricht dafür, dass die Produktion auch zu Jahresbeginn noch recht zügig gestiegen ist. Allerdings sind die Folgen des Krieges in der Ukraine in den zugrundeliegenden Umfragen noch nicht enthalten.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb die Konjunktur bei deutlichen regionalen Unterschieden aufwärtsgerichtet. Das Bruttoinlandsprodukt in den G7-Ländern insgesamt legte im vierten Quartal 2021 mit einer Rate von 1,2 Prozent etwas stärker zu als im Vorquartal (Abbildung 2). Dabei war die Entwicklung allerdings regional uneinheitlich. Während sich der kräftige Produktionsanstieg in den Vereinigten Staaten noch leicht verstärkte und sich die japanische Wirtschaft von dem durch eine Corona-Welle im Sommer verzeichneten Rückgang erholte, expandierte die Wirtschaft in Europa vor allem wegen stark steigender Infektionszahlen und damit verbundenen neuerlichen Eindämmungsmaßnahmen kaum noch. Betroffen waren hiervon vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungen. Die Industrieproduktion gewann hingegen gegen Jahresende spürbar an Fahrt, wozu eine kräftige Ausweitung der Autoproduktion wesentlich beitrug, die im Sommer aufgrund von Lieferengpässen stark eingeschränkt worden war.

Abbildung 2:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den G7-Ländern



Quartalsdaten; preis- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal; G7: Vereinigte Staaten, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel.

In den Schwellenländern beschleunigte sich der Produktionsanstieg deutlich.

Vor allem in Asien zog die wirtschaftliche Aktivität im Herbst kräftig an, nachdem sie im Sommer in vielen Ländern durch pandemiebedingte Einschränkungen gebremst worden war. In China kam hinzu, dass wieder ausreichend Energie bereitgestellt werden konnte, so dass die Produktion von dieser Seite nicht mehr gebremst wurde. Die Erholung der indischen Wirtschaft von dem im Frühjahr 2021 aufgrund eines neuerlichen Lockdowns verzeichneten Einbruch setzte sich fort. Allerdings haben gestiegene Infektionszahlen in einigen asiatischen Ländern zu neuerlichen staatlichen Beschränkungen geführt und die Stimmung in den Unternehmen hat sich eingetrübt, so dass die Wirtschaft zuletzt wohl wieder an Schwung verloren hat. In Lateinamerika verlief die konjunkturelle Entwicklung zuletzt sehr uneinheitlich, vor allem aufgrund einer geringen Dynamik in den großen Ländern Brasilien, Mexiko und wohl auch Argentinien expandierte die Wirtschaft insgesamt nur schwach. Die russische Wirtschaft befand sich vor dem Einmarsch in die Ukraine auf einem Pfad moderater Expansion.

Der Welthandel zog angesichts nachlassender Probleme in den globalen Lieferketten kräftig an.

Die im Sommerhalbjahr verzeichnete ausgeprägte Schwäche des Welthandels wurde in den letzten Monaten des vergangenen Jahres überwunden. Die globalen Exporte und Importe zogen im November und Dezember kräftig an. Hierzu dürfte beigetragen haben, dass die Stockungen im Seeverkehr, die im Sommer 2021 insbesondere von China ausgegangen waren, an Bedeutung verloren haben, auch wenn der Anteil an Containerfracht, der in Staus gebunden ist, nach wie vor deutlich höher ist als vor der Pandemie (Abbildung 3). Der [Kiel Trade Indicator](#) deutet indes darauf hin, dass die Dynamik im Welthandel nach der Jahreswende spürbar nachgelassen hat, zuletzt wohl auch infolge des Konflikts um die Ukraine.

² Infolge der Sanktionen ist der Transport von Waren aus China nach Europa auf dem Schienenwege durch Russland, der in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat, unmöglich geworden und

Abbildung 3:
Schiffsblockade



Monatsdaten. Anteil an Waren, die sich global auf wartenden Containerschiffen befinden.

Quelle: Kiel Trade Indicator.

Der Krieg in der Ukraine belastet die Weltwirtschaft.

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an, und ein Ende der militärischen Auseinandersetzung ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Die westliche Staatengemeinschaft reagierte mit umfangreichen Sanktionen, die in ihrer Schärfe fast ohne Vorbild sind (Kasten 1 Zu den Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland). Weltwirtschaftliche Auswirkungen ergeben sich zum einen über den Handelskanal, wobei der Ausfall von Exporten vor allem in einigen europäischen Ländern – insbesondere in Osteuropa – gesamtwirtschaftlich von erheblicher Bedeutung ist (Tabelle 1). Zudem drohen sich die Lieferengpässe, die seit einiger Zeit die wirtschaftliche Aktivität behindern und sich in den vergangenen Monaten etwas zu entspannen schienen, durch fehlende Vorleistungen und den Fortfall wichtiger Transportwege wieder zu verschärfen.² Der wohl gewichtigste Kanal, über den der Krieg auf die Weltwirtschaft wirkt, ist der drastische Anstieg der Rohstoffpreise, der die Produktion verteuert und in vielen Bereichen reduziert, was über die Lieferketten auch auf die übrige Wirtschaft ausstrahlen wird. Angesichts

Flugzeuge müssen infolge der Sperrung des russischen Luftraums für in den sanktionierenden Staaten beheimatete Maschinen weite Umwege in Kauf nehmen.

der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Konjunktur und der insgesamt stark gestiegenen wirtschaftlichen Unsicherheit sind die Aktienkurse weltweit deutlich gesunken (Abbildung 4). Der US-Dollar wertete vor allem gegenüber den europäischen Währungen spürbar auf.

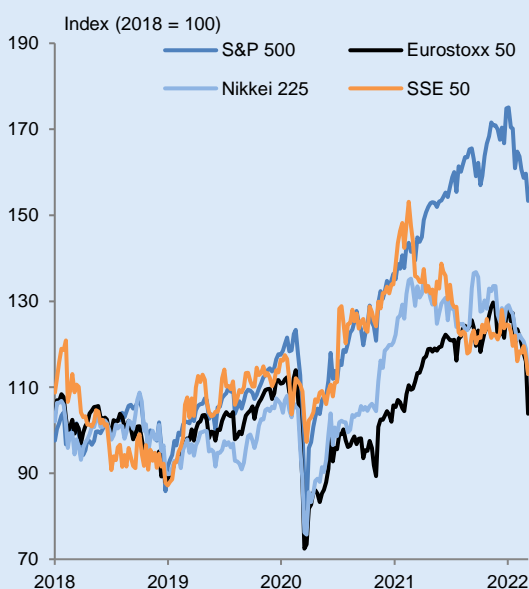
Tabelle 1:
Exporte ausgewählter Länder in die Ukraine und nach Russland 2019

	Ukraine	Russland
Deutschland	0,4	2,0
Frankreich	0,2	1,1
Polen	2,1	3,1
Finnland	0,3	5,6
Europäische Union	0,5	1,7
Vereinigtes Königreich	0,1	0,7
Vereinigte Staaten	0,1	0,4
China	0,3	2,0
Russland	1,8	-

Jahresdaten. Warenhandel. Prozentualer Anteil an Gesamtexporten.

Quelle: IMF, Direction of Trade Statistics

Abbildung 4:
Aktienkurse in großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und China



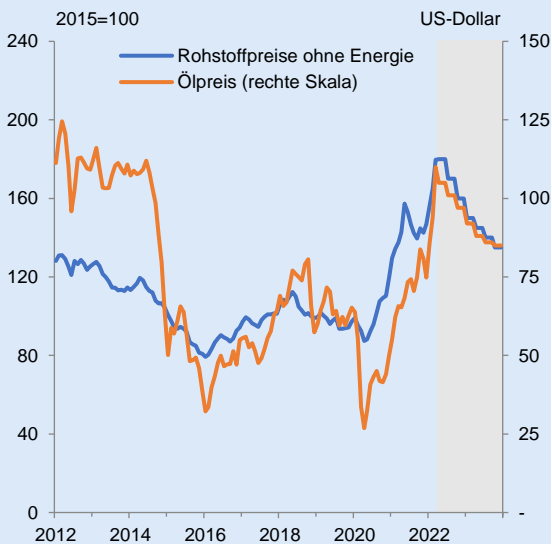
Wochendaten. Letzter Wert: 7. März.

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Rohstoffe haben sich stark verteuert. Bereits vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine waren die Preise vieler Rohstoffe auf ein im historischen Vergleich hohes Niveau gestiegen. Im Herbst 2021 wurde das Geschehen an den Energiemärkten von einem drastischen Anstieg des Gaspreises geprägt. Aber auch der Ölpreis zog deutlich an, eine Tendenz, die sich in den ersten Wochen des laufenden Jahres fortsetzte. Anfang Februar musste für ein Barrel der Sorte Brent erstmals seit 2014 mehr als 90 US-Dollar gezahlt werden (Abbildung 5). Im Zuge des Ukrainekrieges kam es zu einem weiteren Preisschub, der sich nicht auf Energierohstoffe beschränkte, da Russland bei zahlreichen Rohstoffen beträchtliche Teile des Weltmarktes bedient und offenbar Zweifel an der Verfügbarkeit der nötigen Mengen aufkamen. So erhöhten sich die Notierungen für Metalle zeitweise drastisch. Nicht zuletzt kam es zu einem weiteren kräftigen Anstieg der Getreidepreise, der insbesondere die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln in einigen Entwicklungs- und Schwellenländern stark verteuert. Vor allem in diesem Segment dürfte das Preisniveau über längere Zeit sehr hoch bleiben, auch weil hier die Ukraine ein wichtiger Exporteur ist und die kommende Ernte dort voraussichtlich als Folge des Krieges deutlich kleiner ausfallen wird als zuletzt.

Sofern die westlichen Sanktionen nicht auf die Rohstofflieferungen Russlands ausgeweitet werden, dürften die Preise für Industrierohstoffe und für die fossilen Energieträger allmählich nachgeben. Zum einen ist damit zu rechnen, dass das Angebot der Produzenten außerhalb Russlands ausgeweitet wird, zum anderen dürfte die Nachfrage von den hohen Preisen gedämpft werden. Gleichwohl rechnen wir damit, dass die Rohstoffpreise insgesamt im gesamten Prognosezeitraum vergleichsweise hoch bleiben.

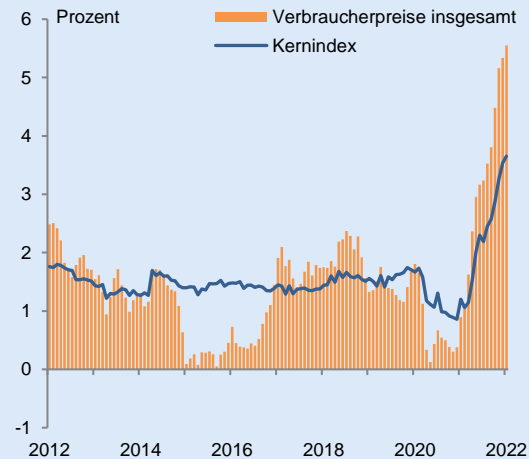
Abbildung 5:
Rohstoffpreise



Monatsdaten; Rohstoffpreise: HWWI-Index auf US-Dollarbasis; Ölpreis: Spotpreis Sorte Brent. Grau schattiert: Prognose des IfW Kiel.

Quelle: International Petroleum Exchange via Refinitiv Datastream; HWWI, Rohstoffpreisindex.

Abbildung 6:
Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan und im Vereinigten Königreich, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 2019; Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

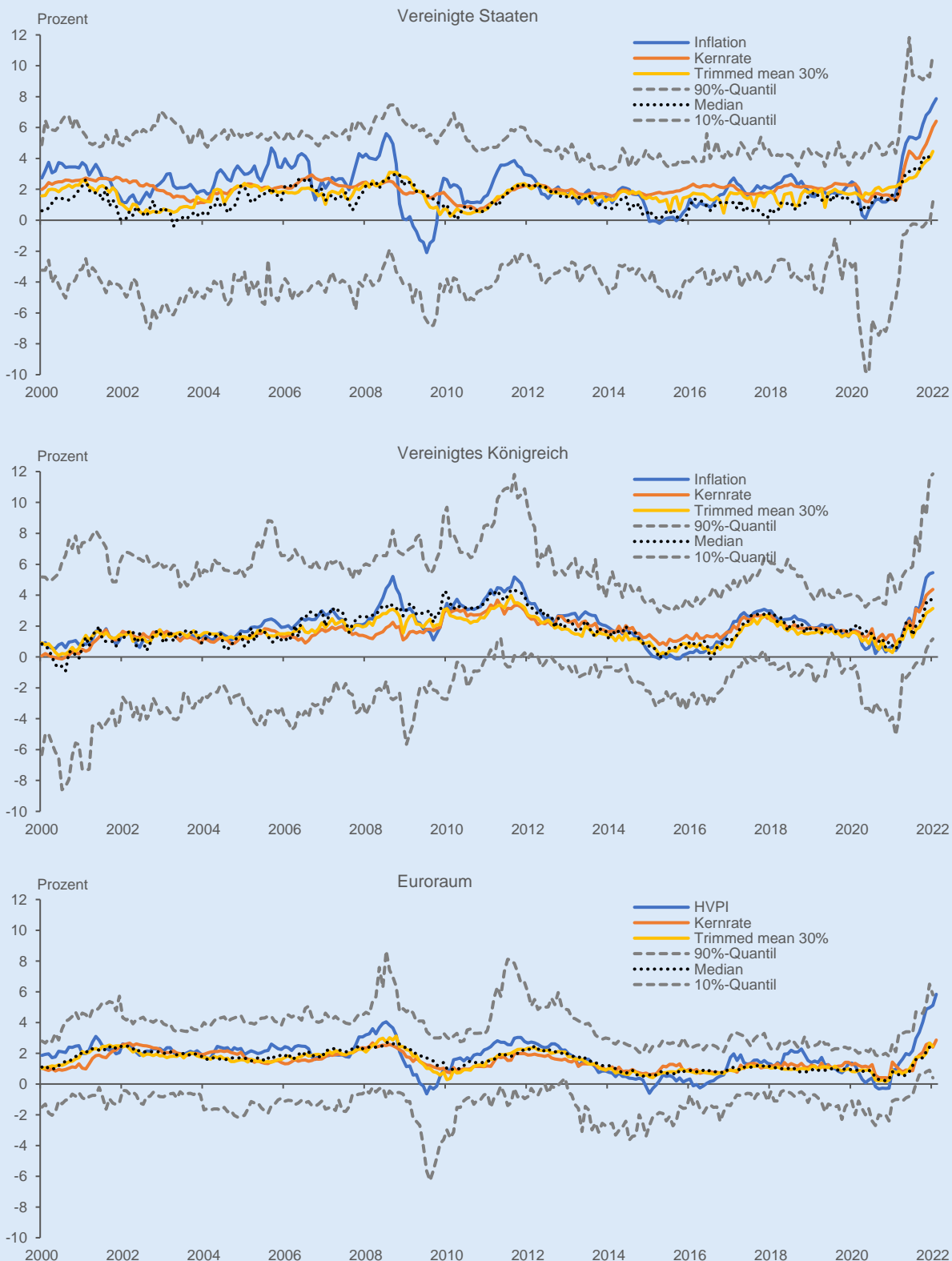
Quelle: OECD, Main Economic Indicators; Berechnungen des IfW Kiel.

Die Inflation hat bereits stark angezogen und wird durch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zusätzlich angeheizt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verstärkte sich der Preisauftrieb im Verlauf des Jahres 2021 kräftig, und auch zu Beginn des neuen Jahres erhöhte sich die Inflationsrate weiter. Im Januar lag sie insgesamt bei 5,5 Prozent (Abbildung 6). Nach wie vor wird der Preisauftrieb durch die Energiekomponente getrieben, aber auch die Kernrate der Inflation, die ohne Berücksichtigung der Energie- und der Nahrungsmittelpreise ermittelt wird, hat sich weiter erhöht. Sie liegt inzwischen in der Regel – eine Ausnahme ist Japan – über dem Inflationsziel der Notenbank. Besonders ausgeprägt ist die Zielverfehlung in den Vereinigten Staaten, wo die Kernrate im Februar auf 6,4 Prozent geklettert ist, und im Vereinigten Königreich (4,4 Prozent im Januar). Auch im Euroraum liegt die Kernrate mit 2,9 Prozent inzwischen

deutlich über dem Zielwert für den mittelfristigen Preisanstieg von 2 Prozent. Vor allem für die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich zeigen alternative Inflationsmaße wie die Analyse der Entwicklung nach Quantilen an, dass die Zunahme des Preisauftriebs breit angelegt und ungewöhnlich stark ist (Abbildung 8). Im Euroraum insgesamt hält sich die Inflationsdynamik dagegen noch in dem Rahmen, der in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu beobachten gewesen war. Allerdings ist auch hier in einzelnen Ländern – so in Deutschland – der Preisauftrieb nach historischen Maßstäben ungewöhnlich ausgeprägt.³ Der Anstieg der Rohstoffpreise im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine dürfte die Inflationsraten in den kommenden Monaten weiter in die Höhe treiben.

³ Vgl. hierzu im Einzelnen Boysen-Hogrefe et al. 2022, Kieler Konjunkturberichte Nr. 88, Kasten 2.

Abbildung 8:
Verteilung der Preissteigerungsraten in großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften



Monatsdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Kernrate: Ohne Energie und Lebensmittel. Trimmed Mean 30%: Gewichteter Mittelwert ohne die Elemente mit den höchsten und den geringsten 15 Prozent der Preissteigerungsraten. Quantile und Median: Für den Euroraum auf Basis der 101 Viersteller im HVPI. Für das VK auf Basis der 38 Kategorien der Dreisteller (CPI). Für die USA auf Basis der 66 Kategorien der Viersteller (CPI). Letzter Datenpunkt Euroraum und USA: Februar 2022, VK: Januar 2022.

Quelle: Eurostat, ONS, BLS, Preisstatistik; Berechnungen des Ifw Kiel.

Die Geldpolitik wird mehr und mehr gestrafft. Die großen Notenbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben auf den starken Anstieg der Inflation zunächst vor allem damit reagiert, die Nettokäufe von Wertpapieren zu beenden oder schneller als geplant zu reduzieren und die Märkte auf anstehende Zinserhöhungen einzustellen. Nachdem die Notenbankzinsen seit dem Sommer bereits in einigen Ländern Osteuropas (Ungarn, Polen, Tschechien) sowie in Südkorea und Neuseeland in mehreren Schritten angehoben worden waren, erhöhte die Bank von England im Dezember und Anfang Februar ihren Leitzins leicht, und Anfang März folgte die Bank von Kanada mit einem ersten Schritt. Zuletzt hat die US-Notenbank die Spanne für die Federal Funds Rate am 17. März auf 0,25 bis 0,5 Prozent angehoben. Weitere Schritte dürften folgen; den Markterwartungen zufolge wird der US-Leitzins bis zum Ende des kommenden Jahres um 175 Basispunkte steigen. Im Euroraum wird der Hauptrefinanzierungssatz hingegen wohl vorerst bei null belassen. Zunächst soll durch das Auslaufen des Pandemie-Sonderprogramms zum Kauf von Anleihen im März die Liquiditätszufuhr verringert werden; zur Jahresmitte werden wohl auch die übrigen Anleihekäufe im Rahmen des APP-Programms – früher als bisher kommuniziert – eingestellt. Zurzeit macht die Unsicherheit über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekriegs eine abwartende Haltung der EZB wahrscheinlich. Lediglich in Japan, wo die Inflation allerdings auch noch niedrig ist, zeichnet sich noch gar kein Ende der extrem lockeren Geldpolitik ab. Hingegen ist in den Schwellenländern bereits seit fast einem Jahr ein Zinserhöhungszyklus im Gange mit dem Ziel, einem Abwärtsdruck auf die Wechselkurse zu begegnen und die Inflationsdynamik zu bremsen.

Die Finanzpolitik konsolidiert vorerst kaum. Die in den vergangenen beiden Jahren in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften – und in geringerem Umfang auch in vielen Schwellenländern – getätigten hohen Ausgaben zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gehen zwar mit fortschreitender Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität deutlich zurück. Gleichzeitig werden in vielen Ländern Programme umgesetzt, die das Ziel haben, die

öffentliche Infrastruktur zu verbessern und Herausforderungen wie dem Klimawandel zu begegnen. In den Vereinigten Staaten ist ein solches – sehr umfangreiches – Maßnahmenpaket allerdings im Kongress durchgefallen. Auch wenn ein deutlich kleineres Programm noch bewilligt werden sollte, dürften hier die vom Auslaufen der massiven Corona-Hilfen ausgehenden restriktiven Effekte auf die Konjunktur überwiegen. Als Folge des Kriegs in der Ukraine gewinnen indes voraussichtlich Rüstungsausgaben an Gewicht, und Anstrengungen zum Umbau der Energieversorgung werden verstärkt. Insbesondere in Europa sind diese Faktoren von Gewicht. In der EU zeichnet sich zum einen ein weiteres umfangreiches Gemeinschaftsprogramm ab, das wie das NextGenerationEU-Programm über gemeinsame Verschuldung finanziert werden soll. Zum anderen wird es zunehmend wahrscheinlich, dass die allgemeine Ausnahmeklausel von den Fiskalregeln auch im kommenden Jahr in Kraft bleibt. Damit können die Sparmaßnahmen, die in einigen Ländern notwendig sind, um die Neuverschuldung auf ein regelkonformes Maß zu reduzieren, zeitlich gestreckt werden.

Ausblick: Erholung der Weltkonjunktur wird gebremst

Die Prognose unterstellt, dass die Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg vorerst bestehen bleiben, aber nicht auf den Rohstoffhandel ausgeweitet werden. Der Krieg in der Ukraine bremst die Expansion der Weltwirtschaft, Ausmaß und Dauer der Beeinträchtigung sind indes kaum zu prognostizieren. Gegenwärtig sind die Kriegshandlungen in vollem Gange, und es ist nicht vorherzusehen, wie sich der Konflikt weiterentwickelt. Von daher ist die Prognose für die Weltkonjunktur von besonderer Unsicherheit geprägt. Wir nehmen an, dass die Sanktionen für Russland im Prognosezeitraum in der gegenwärtigen Form bestehen bleiben, was die Beibehaltung der Rohstoffexporte Russlands erlauben würde. Bislang haben sowohl die westlichen Länder als auch Russland darauf verzichtet, diesen Kern der wirtschaftlichen Verflechtung zu kappen. Sollte es dazu kommen, würden die Öl- und Gaspreise –

ebenso wie die Preise vieler anderer Rohstoffe – wohl nochmals deutlich steigen, und die der Prognose zugrundeliegende Annahme, dass sie im Einklang mit den Preisen an den Futures-Märkten allmählich sinken, wäre hinfällig. In diesem Fall würde die Weltwirtschaft wohl so stark erschüttert, dass eine globale Rezession die Folge wäre. Andererseits könnten sich die Auswirkungen des Krieges auf die Rohstoffmärkte und der damit verbundene Stress für die globalen Lieferketten als kurzlebiger erweisen als in dieser Prognose unterstellt, so dass die Belastungen für die Weltwirtschaft entsprechend geringer ausfielen.

Der bremsenden Wirkung von Inflation und Unsicherheit stehen Auftriebskräfte durch die fortschreitende Überwindung der Pandemie gegenüber. Höhere Rohstoffpreise treiben die Inflation und führen voraussichtlich zusammen mit den Auswirkungen der Sanktionen auf Transportzeiten und Produktionsketten dazu, dass Lieferengpässe die Konjunktur in den kommenden Monaten wieder stärker hemmen werden. Gleichzeitig dürfte die Corona-Pandemie die Wirtschaft in immer geringerem Maße beeinträchtigen. Vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in Schwellenländern mit hoher Impfquote werden inzwischen die verbliebenen Infektionsschutzmaßnahmen zunehmend aufgehoben. So dürfte die Annäherung an ein Normalniveau der Geschäftstätigkeit in den Bereichen, die in der bisherigen gesamtwirtschaftlichen Erholung noch zurückhängen, wie Tourismus, Reiseverkehr und Unterhaltungsgewerbe, im Prognosezeitraum weiter fortschreiten.

Wir haben unsere Prognose für die Expansion der Weltwirtschaft deutlich gesenkt, gleichwohl steigt die Produktion noch etwas stärker als im längerfristigen Trend. Alles in allem rechnen wir für das laufende Jahr nur noch mit einem Zuwachs der Weltproduktion (gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten) um 3,5 Prozent, nach einem Zuwachs um 5,8 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 2). Im Vergleich zu unserer Prognose vom Dezember 2021 haben wir damit unsere Erwartung für 2022 um 1 Prozentpunkt reduziert. Für das Jahr 2023 haben wir die Prognose ebenfalls deutlich von 4,0 auf 3,6 Prozent abgesenkt. Auf der Basis von Marktwechselkursen ergeben sich

Veränderungsraten der globalen Produktion von jeweils 3,2 Prozent in diesem und im nächsten Jahr. Der weltweite Warenhandel dürfte in den kommenden Monaten tendenziell zurückgehen; im Jahresdurchschnitt ergibt sich für 2022 noch ein Zuwachs von 0,5 Prozent. Auch im Jahr 2023 fällt die Zunahme mit 1,7 Prozent gering aus, zum einen weil die Weltproduktion nur verhalten expandiert, zum anderen weil sich die Nachfrage in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit fortschreitender Normalisierung der Konsummuster wieder stärker auf Dienstleistungen verlagert.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird die Expansion spürbar gedämpft. Bremsend wirkt vor allem der Kaufkraftentzug durch die hohe Inflation. Darüber hinaus werden in den nächsten Monaten vor allem in Europa auch die hohe Unsicherheit und der Fortfall eines Großteils des Exportgeschäfts mit Russland die wirtschaftliche Aktivität belasten. Gleichzeitig wirken allerdings auch beträchtliche Auftriebskräfte: Neben der fortschreitenden Normalisierung bislang noch durch die Pandemie gehemmter Aktivitäten zählt hierzu das in vielen Ländern hohe Volumen von in Pandemiezeiten angesammelter Zusatzerparnis, auf das zur Konsumglättung zurückgegriffen werden kann. In Europa dürfte die Finanzpolitik zusätzliche Impulse geben, in den Vereinigten Staaten gibt es auch einen bedeutenden Rohstoffsektor, der Produktion und Investitionen in Reaktion auf die gestiegenen Preise wohl deutlich ausweiten wird. Alles in allem dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften trotz des erheblichen Gegenwinds durch die Folgen des Ukrainekriegs auch im Prognosezeitraum mit 2,8 Prozent in diesem und 2,6 Prozent im nächsten Jahr noch etwas höher ausfallen als das Wachstum des Produktionspotenzials (Tabelle 3). Die Inflation auf der Verbraucherebene geht bei den getroffenen Annahmen im Verlauf des kommenden Jahres wieder zurück, liegt im Jahr 2023 voraussichtlich aber immer noch bei 3 Prozent. Bei alledem verringert sich die Arbeitslosigkeit noch etwas und dürfte im Jahr 2023 in vielen Ländern sogar niedriger sein als vor der Krise.

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt 2021-2023

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		2021	2022	2023	2021	2022	2023
Weltwirtschaft	100	5,8	3,5	3,6	4,7	7,2	5,2
darunter							
Fortgeschrittene Länder	59,0	5,2	2,7	2,5	3,2	5,5	2,8
China	18,3	8,1	4,8	5,2	1,1	1,8	2,3
Lateinamerika	4,7	6,3	2,2	2,3	10,2	11,4	8,8
Indien	6,8	8,1	9,2	7,7	5,1	6,3	5,4
Ostasiatische Schwellenländer	5,0	3,5	4,3	4,5	2,2	3,0	2,7
Russland	3,1	4,7	-4,5	-2,6	5,9	25,0	18,0
Afrika	2,3	4,9	3,7	3,8	12,7	10,5	8,4
<i>Nachrichtlich:</i>							
Welthandelsvolumen (Waren)		10,3	0,5	1,7			
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar)		5,7	3,2	3,2	4,0	6,1	4,1

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 nach Kaufkraftparität. — Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 3 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel

Tabelle 3:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Ländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Europäische Union	39,9	-5,9	5,3	2,8	3,1	0,6	2,8	5,4	3,1	7,0	6,9	6,0	5,6
Euroraum	34,0	-6,4	5,3	2,8	3,1	0,3	2,6	5,3	2,9	7,3	7,1	6,2	5,8
Schweden	1,0	-3,1	4,6	2,7	2,4	0,7	2,7	3,8	2,5	8,5	8,8	7,6	6,8
Polen	2,2	-2,5	5,6	3,5	3,1	3,6	5,2	8,2	5,8	3,2	3,4	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	5,0	-9,4	7,5	2,5	1,0	0,9	2,6	5,6	3,1	4,6	4,5	4,0	3,9
Schweiz	1,1	-2,5	3,7	0,7	0,6	-0,7	0,6	1,7	1,0	4,8	5,1	4,8	4,6
Norwegen	0,6	-1,3	4,1	3,3	1,6	1,3	3,4	3,8	2,6	4,4	4,8	4,2	4,0
Vereinigte Staaten	35,2	-3,4	5,7	3,1	2,2	1,2	4,7	6,9	3,0	8,1	5,4	3,6	3,3
Kanada	3,1	-5,2	4,7	3,2	2,8	0,7	3,2	5,5	2,9	9,6	7,7	5,6	5,5
Japan	8,9	-4,7	1,7	1,0	1,8	0,0	-0,2	1,8	1,0	2,8	2,8	2,7	2,6
Südkorea	3,9	-0,9	4,0	2,7	2,8	0,5	2,5	3,1	2,6	4,0	3,6	3,3	3,2
Australien	2,2	-2,2	4,7	3,2	3,1	0,9	2,9	3,5	3,0	6,5	5,1	4,7	4,3
Aufgeführte Länder	100,0	-4,9	5,3	2,8	2,6	0,8	3,3	5,7	2,9	7,1	5,9	4,7	4,5

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in US-Dollar. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020.

Quelle: Eurostat, *VGR*; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die chinesische Wirtschaft bekommt Gegenwind von verschiedenen Seiten. Im vergangenen Jahr ist der gesamtwirtschaftlich sehr wichtige Immobiliensektor in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Zudem werden Konsum und Produktion nach wie vor immer wieder durch Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 gebremst. Hinzu treten nun die Belastungen der Weltwirtschaft durch den Ukrainekrieg hinzu. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für 2022 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um lediglich 4,8 Prozent,

gefolgt von 5,2 Prozent im Jahr 2023, wobei die derzeit zu beobachtende Ausbreitung der Omikron-Variante Abwärtsrisiken signalisiert, sollte die Regierung bei ihrer strikten Null-Covid-Strategie bleiben.

Der Ausblick für die übrigen Schwellenländer wird durch den verstärkten Inflationsdruck belastet, in vielen Ländern wirken die höheren Rohstoffpreise aber auch stützend. Bereits vor dem jüngsten Preisschub an den Rohstoffmärkten hatte in

vielen Schwellenländern die Inflation kräftig angezogen und die Notenbanken zu zum Teil recht deutlichen Zinsanhebungen veranlasst. Nun dürfte sich der Preisauftrieb nochmals deutlich verstärken, wobei insbesondere auch die stark gestiegenen Preise für Nahrungsmittel zu Buche schlagen, die im Warenkorb von Entwicklungs- und Schwellenländern ein deutlich höheres Gewicht haben als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Inflationsbedingter Kaufkraftentzug und höhere Zinsen werden privaten Konsum und Investitionen dämpfen. Diesen belastenden Faktoren stehen allerdings in vielen Ländern beträchtlich höhere Einnahmen aus Rohstoffexporten gegenüber, welche die Leistungsbilanz verbessern und den Wechselkurs stützen. So zeigten sich die Wechselkurse lateinamerikanischer Länder oder auch Südafrikas in den vergangenen Wochen bemerkenswert stabil angesichts der durch den Ukrainekrieg erhöhten politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit. In der Vergangenheit hatten solche Krisen Investoren häufig zum Umschichten von Kapital in die vermeintlich sicheren Häfen der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften veranlasst und die Wechselkurse der Schwellenländer unter Druck gesetzt. Derzeit ist neben dem russischen Rubel vor allem die türkische Lira in einem Abwärtssog, der allerdings schon einige Zeit anhält und auf eine unangemessen expansive Geldpolitik zurückzuführen ist. Alles in allem rechnen wir in den Schwellenländern für dieses und das nächste Jahr mit nur moderaten Produktionszuwächsen.

Eine nachhaltige Erhöhung der Inflationserwartungen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften könnte die Notenbanken zu einer stärkeren geldpolitischen Reaktion zwingen und die konjunkturelle Expansion beenden. Bereits vor dem Ukrainekrieg war der Inflationsdruck hoch und hatte immer größere Teile des Warenkorbs erfasst. Vor allem in den Vereinigten Staaten, wo inzwischen auch die Löhne rasch steigen, droht sich die Preisdynamik zu verfestigen. Sollten die längerfristigen Inflationserwartungen weiter steigen, könnte ein schärferer geldpolitischer Restriktionskurs notwendig werden als gegenwärtig erwartet, um sie wieder in Einklang mit dem Inflationsziel zu bringen. Im Euroraum sind die langfristigen

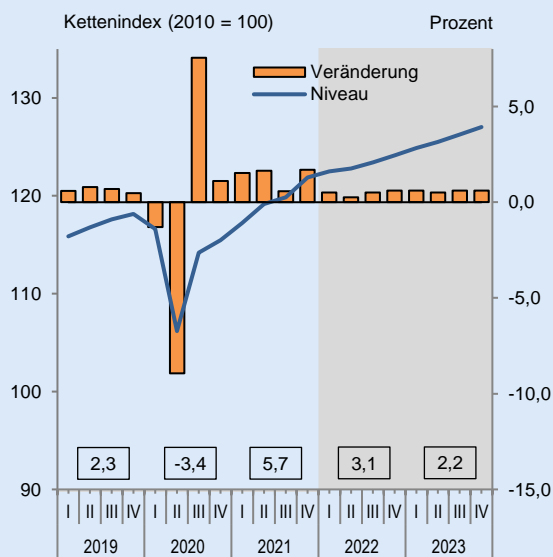
Inflationserwartungen zwar noch in der Nähe des Inflationsziels, aber auch sie sind zuletzt gestiegen, und eine geldpolitische Reaktion würde erforderlich, sollte sich diese Tendenz in den kommenden Monaten fortsetzen (Beckmann et al. 2022 Briefing Paper Inflationserwartungen). Eine Stabilisierungsrezession in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften könnte die Folge sein, im Euroraum wohl auch verbunden mit neuerlichen Zweifeln an der Solvenz hochverschuldeter Mitgliedsländer. Im Zuge von Zinsanhebungen der US-Notenbank könnten sich auch die finanziellen Rahmenbedingungen für die Schwellenländer weiter verengen und stark restriktive Geldpolitik notwendig werden, um den Außenwert zu stabilisieren.

Die Prognose im Einzelnen

Konjunktur in den Vereinigten Staaten schwächt sich ab

Die US-Wirtschaft expandierte zum Ende des Jahres 2021 wieder kräftiger. Die im dritten Quartal verzeichnete Verlangsamung der Konjunktur erwies sich als vorübergehend, das Bruttoinlandsprodukt legte im vierten Quartal mit einer Rate von 1,7 Prozent wieder stark zu (Abbildung 10). Im Jahresdurchschnitt ergab sich 2021 mit 5,7 Prozent der höchste Anstieg seit 1984. Die US-Wirtschaft hat sich damit inzwischen fast vollständig von dem Corona-Schock erholt. Nach Schätzungen des Congressional Budget Office (CBO) ist sie wie unmittelbar vor der Pandemie nur noch leicht unterausgelastet.

Abbildung 10:
Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten



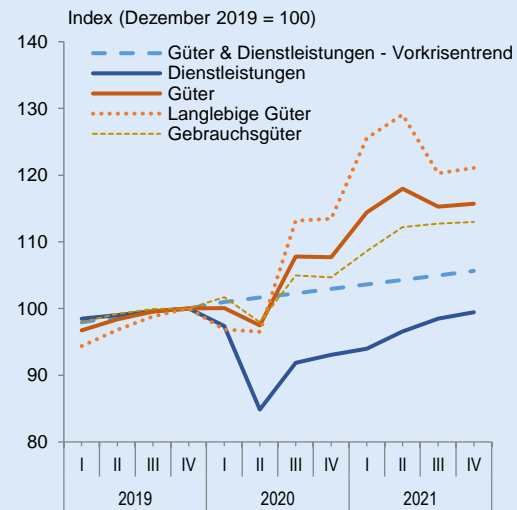
Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die gesamtwirtschaftliche Erholung ging mit einer deutlichen Veränderung der Ausgabenstruktur einher. Während sich der Konsum von Dienstleistungen nur langsam vom Einbruch zu Beginn der Pandemie erholte und im Dezember 2021 noch rund 4 Prozent unter dem Vorkrisentrend lag, überschritt der Konsum von Waren das Trendniveau sogar deutlich, zuletzt um rund 8 Prozent über dem Vorkrisentrend (Abbildung 11). Vor allem langlebige Konsumgüter wurden seit Ausbruch der Pandemie verstärkt nachgefragt. Im zweiten Halbjahr 2021 hat sich Ausgabenverteilung zwischen Dienstleistungen und Waren zwar etwas normalisiert, aber die Ausbreitung der Omikron-Variante hat diesen Prozess im Winter verlangsamt.

Die aktuellen Indikatoren deuten für das erste Quartal 2022 auf eine nur leicht verlangsamte Expansion hin. Der private Konsum erholte sich nach Rückgängen im November und Dezember wieder und stieg im Januar um 1,5 Prozent. Der Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen sank im Februar zwar im dritten Monat in Folge, signalisiert mit 56,5 Punkten aber weiter eine spürbare Expansion in diesem Segment. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie stieg im Februar

Abbildung 11:
Struktur der Konsumausgaben in den Vereinigten Staaten



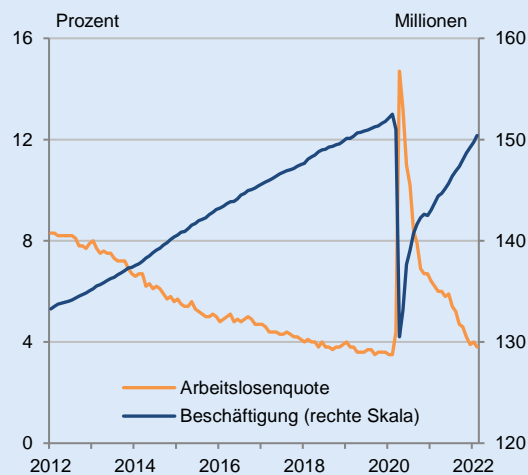
Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal. Der Vorkrisentrend wurde unter Annahme der durchschnittlichen Zuwachsrate der Güter und Dienstleistungen zwischen 2015 - 2019 extrapoliert.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IfW Kiel.

sogar um einen Prozentpunkt auf 58,6 Punkte. Die Ausgaben für Wohnbauten und gewerbliche Bauten stiegen im Januar jeweils um 1,3 Prozent gegenüber dem Vormonat. Besonders stark stiegen die Ausgaben für den Bau von Produktionsanlagen, was auf eine robuste Entwicklung der Unternehmensinvestitionen hindeutet.

Am Arbeitsmarkt zeigen sich zunehmend Engpässe und die Löhne steigen kräftig. Die starke Expansion der Wirtschaft hat zu einer angespannten Arbeitsmarktlage geführt, zumal die Partizipationsquote im Zuge der Pandemie deutlich gesunken ist. Die Arbeitslosenquote ist inzwischen mit 3,8 Prozent (Februar 2022) fast so niedrig wie vor der Krise (Abbildung 12). Andere Indikatoren, etwa die Zahl der Stellenausschreibungen oder die Kündigungsrate, deuten darauf hin, dass der Arbeitsmarkt derzeit sogar weniger verfügbare Kapazitäten hat als Anfang 2020. Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften ist auch der treibende Faktor hinter dem kräftigen Anstieg der Nominallöhne. So stieg der Employment Cost Index (ECI) in 2021 um 4,5 Prozent, die durchschnittlichen Stundenlöhne legten im gleichen Zeitraum sogar um 4,9 Prozent zu. Die verfügbaren Einkommen haben

Abbildung 12:
Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: US Department of Labor, *Employment Situation*.

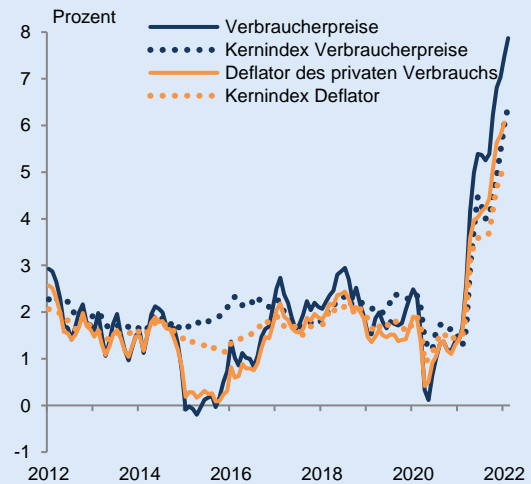
sich trotz des deutlichen Lohnanstiegs seit Mitte 2021 kaum verändert, da gleichzeitig Transferzahlungen aus den Corona Hilfspaketen wegfielen, so dass die Expansion des privaten Konsums weitgehend durch einen Rückgang der Sparquote finanziert wurde, die im Zuge der Pandemie stark gestiegen war.

Der Inflationsdruck hat sich weiter verstärkt.

Im Februar stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Prozent (Abbildung 13). Klammert man die Preise für Energie und Lebensmittel aus, so betrug die Teuerung im Vergleich zum Vorjahr 6,4 Prozent. Damit ist die Inflation derzeit so hoch wie zuletzt vor 40 Jahren. Der zuletzt verzeichnete weitere Anstieg der Rohstoffpreise dürfte sie nochmals anheizen. Gleichzeitig ist ein Ende der Probleme in den Lieferketten nicht in Sicht, die zu den steigenden Teuerungsraten wohl wesentlich beigetragen haben. Der Preisauftrieb ist zwar bei Rohstoffen und Lebensmitteln besonders kräftig, jedoch stiegen die Preise zuletzt in fast allen Bereichen des Warenkorb um mehr als 2 Prozent, das Inflationsziel der Notenbank.

Die hohen Teuerungsraten mindern die Kaufkraft, aber hohe Ersparnisse stützen den Konsum. Die real verfügbaren Einkommen sanken im Verlauf des zweiten Halbjahrs 2021 um 1,4 Prozent, im Januar gingen sie im

Abbildung 13:
Inflation in den Vereinigten Staaten



Monatswerte, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel

Quelle: US Department of Labor, *Consumer Price Index*

Vergleich zum Vormonat nochmals um 0,5 Prozent zurück. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf den Konsum können allerdings durch einen Rückgriff auf Ersparnisse gemildert werden. Zwar ist die Sparquote bereits seit Mitte 2021 stark zurückgegangen und war im Januar mit 6,4 Prozent sogar etwas niedriger als vor der Pandemie. Doch wurden in den Jahren 2020 und 2021 als Folge beschränkter Konsummöglichkeiten (insbesondere bei personen-nahen Dienstleistungen) und Transferzahlungen rund 2.500 Mrd. US-Dollar zusätzliche Ersparnisse akkumuliert, die zu einem Teil nun zur Glättung des Konsums eingesetzt werden dürften.

Geld- und Finanzpolitik werden gestrafft.

Angesichts der hohen Inflation und der robusten Situation am Arbeitsmarkt hat die US-Notenbank die Märkte darauf eingestellt, dass sie im März beginnen wird, die Leitzinsen anzuheben. Die monatlichen Anleihekäufe wurden bereits heruntergefahren. Wir erwarten, dass die Federal Funds Rate bis Ende 2022 um 150 Basispunkte angehoben wird. Auch die Finanzpolitik wird in 2022 weniger expansiv ausgerichtet sein als in den beiden Vorjahren. Umfangreiche Fiskalpakete sind inzwischen ausgelaufen. Im ersten Quartal 2022 fällt beispielsweise mit dem erhöhten Kinderfreibetrag das letzte große Konjunkturprogramm weg, wovon ein restriktiver Impuls

von 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausgeht. Unklar ist weiterhin, ob und in welchem Umfang das „Build Back Better“-Programm umgesetzt werden kann. Das ursprünglich anvisierte Volumen von 2.200 Mrd. US-Dollar ist offenbar vom Tisch, eine deutlich kleinere Version könnte aber vor den Zwischenwahlen zum amerikanischen Kongress im November noch verabschiedet werden. Starke Konjunkturimpulse sind für den Prognosezeitraum aber auch in diesem Fall nicht zu erwarten.

Die konjunkturelle Dynamik lässt im Prognosezeitraum nach. Die restriktivere Geld- und Finanzpolitik, hohe Inflation und eine erhöhte Unsicherheit durch die geopolitische Entwicklung werden die Expansion der US-Wirtschaft im Prognosezeitraum dämpfen. Auch wenn sich die Sparquote noch etwas reduzieren dürfte, werden sich die Zuwächse beim privaten Konsum deutlich verringern. Insbesondere langlebige Konsumgüter dürften weniger nachgefragt werden. Die Erholung der Nachfrage nach Dienstleistungen wird sich hingegen voraussichtlich fortsetzen, sofern die Pandemie wie erwartet weiter an Einfluss auf die wirtschaftliche Aktivität verliert. Die Investitionen werden zwar deutlich an Schwung verlieren, dürften aber angesichts vielfach herrschender Kapazitätsengpässe wohl aufwärts gerichtet bleiben, zumal die Öl- und Gasindustrie angesichts der stark gestiegenen Energiepreise wohl bemüht sein wird, ihre Förderung auszuweiten. Für das laufende Jahr erwarten wir einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 3,1 Prozent, für 2023 rechnen wir mit einem Anstieg um 2,2 Prozent (Tabelle 4). Die Inflationsrate wird in diesem Jahr auf fast 7 Prozent steigen, sich bei dem unterstellten allmählichen Rückgang der Rohstoffpreise im kommenden Jahr aber deutlich verringern. Mit 3 Prozent bleibt sie freilich über dem Ziel der Notenbank. Der Arbeitsmarkt bleibt stark ausgelastet; die Arbeitslosenquote geht im Prognosezeitraum sogar noch etwas zurück.

Tabelle 4:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	5,7	3,1	2,2
Inländische Verwendung	-3,0	6,9	3,4	2,2
Private Konsumausgaben	-3,8	7,9	3,0	2,1
Staatsausgaben	2,5	0,5	1,1	2,8
Anlageinvestitionen	-2,7	7,8	3,9	4,2
Ausrüstungen	-8,3	13,0	4,1	4,5
Geistige Eigentumsrechte	2,8	10,2	9,1	4,8
Gewerbliche Bauten	-12,5	-8,1	0,0	4,3
Wohnbauten	6,8	9,1	0,2	3,1
Vorratsveränderungen	-0,5	0,3	0,6	-0,3
Außenbeitrag	-0,4	-1,2	-0,3	0,0
Exporte	-13,6	4,6	5,4	2,2
Importe	-8,9	14,0	6,8	2,6
Verbraucherpreise	1,2	4,7	6,9	3,0
Arbeitslosenquote	8,1	5,4	3,6	3,3
Leistungsbilanzsaldo	-2,5	-3,3	-3,5	-3,5
Budgetsaldo (Bund)	-14,8	-13,9	-6,0	-5,1

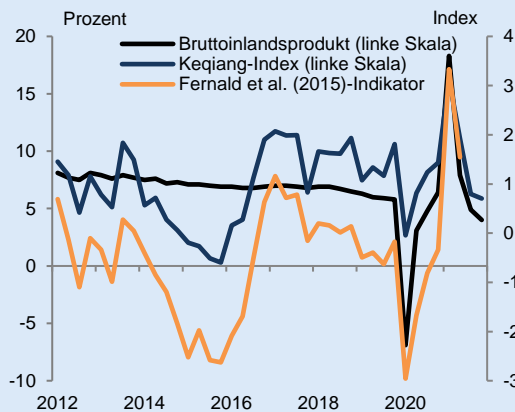
Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. — Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. — Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. — Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index*; US Department of the Treasury, *Monthly Treasury Statement*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

China: Stärkung der Konjunktur erneut im Fokus der Politik

Die chinesische Wirtschaft expandierte im Verlauf des Jahres 2021 nur verhalten. Im vergangenen Jahr stieg die Wirtschaftsleistung in China zwar kräftig um 8,1 Prozent. Der hohe Zuwachs geht aber vor allem auf die rasche Erholung von der Corona-Krise zurück, die im Wesentlichen bereits im Jahr 2020 erfolgt war. Im Verlauf des Jahres 2021 nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion hingegen nur moderat zu. Vor allem das dritte Quartal war durch Engpässe in der Energieversorgung und umfangreiche pandemiebedingte Mobilitätseinschränkungen geprägt (Gern et al. 2021, Kasten 1)). Im vierten Quartal belebte sich die Wirtschaft mit Überwindung der Energiekrise zwar wieder und expandierte mit einer Rate von 1,7 Prozent recht kräftig gegenüber dem Vorquartal. Im Vergleich zum Vorjahr belief sich der Anstieg freilich nur auf 4 Prozent (Abbildung 14).

Abbildung 14:
China: Bruttoinlandsprodukt und alternative Aktivitätsmaße



Quartalsdaten. Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Keqiang-Index: arithmetisches Mittel des Kreditwachstums, der Frachtkargoraten sowie des Stromverbrauchs. Fernald et al. (2015)-Indikator: erste Hauptkomponente der Jahresraten der Stromerzeugung, Einzelhandelsumsätze, Schienenfrachtverkehrs und Rohmaterialpreise (zur Auswahl der Variablen, vergleiche Fernald et al. (2015). *Is China Fudging its Figures? Evidence from Trading Partner Data*. Federal Reserve Bank of San Francisco, Working Paper 2015-12).

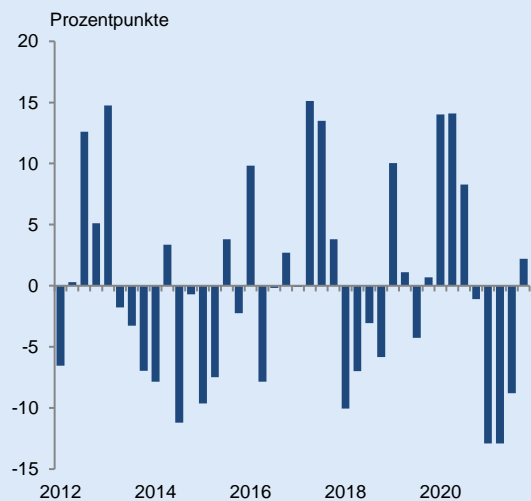
Quelle: National Bureau of Statistics, People's Bank of China; Berechnungen des IfW Kiel

Aktuelle Indikatoren sprechen für einen verlangsamten Produktionsanstieg. Vor allem die Binnennachfrage bremste zuletzt die wirtschaftliche Aktivität. Sie wird durch einen schwächelnden Immobiliensektor und die restriktive Null-Covid Politik der Regierung belastet. Die Einzelhandelsumsätze verloren gegen Jahresende an Dynamik und sanken im Dezember 2021 sogar um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat. Der Caixin Einkaufsmanager-Index für das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit 49,1 Punkten im Januar 2022 den niedrigsten Stand seit fast zwei Jahren, und zeigte auch im Februar mit 50,4 Punkten nur eine moderate Expansion an. Der Einkaufsmanager-Index für den Dienstleistungssektors war bis zuletzt rückläufig und fiel im Februar auf 50,2 Punkte, den niedrigsten Wert der letzten sechs Monate. Diese Entwicklung dürfte wesentlich auf die wieder umfangreicheren Covid-Schutzmaßnahmen zurückzuführen sein.

Die Wirtschaftspolitik ist wieder auf expansivem Kurs. Nachdem die chinesische Regierung im vergangenen Jahr noch bemüht war, die Verschuldungsproblematik im Immobilien-

sektor in den Griff zu bekommen und die Kreditvergabe zu dämpfen, hat sie zuletzt die Geldpolitik wieder gelockert. Der Kreditimpuls – d. h. die Veränderung der Kreditexpansion – drehte Ende 2021 in den positiven Bereich (Abbildung 15). Erstmals seit April 2020 senkte die chinesische Zentralbank im Januar 2022 ihre Leitzinsen und sie reduzierte zudem die Reservenanforderungen für Banken. Die Finanzpolitik ist ebenfalls bemüht, die wirtschaftliche Aktivität zu stimulieren. Vor allem Infrastrukturinvestitionen sollen auf nationaler und lokaler Ebene vorangetrieben werden und den Bausektor stabilisieren. Im Februar wurden zudem Gebühren- und Steuersenkungen angekündigt, deren Umfang das bereits beträchtliche Volumen der Steuersenkungen des Vorjahres deutlich übersteigt. Hauptbegünstigte sollen kleine und mittelgroße Unternehmen sein, und es wird ein Schwerpunkt auf das produzierende Gewerbe gelegt.

Abbildung 15:
China: Kreditimpuls



Quartalsdaten. Der Kreditimpuls entspricht der Kreditvergabe im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung abzüglich der Kreditvergabe im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung vor einem Jahr.

Quelle: People's Bank of China *Aggregate Financing to the Real Economy*; Berechnungen des IfW Kiel.

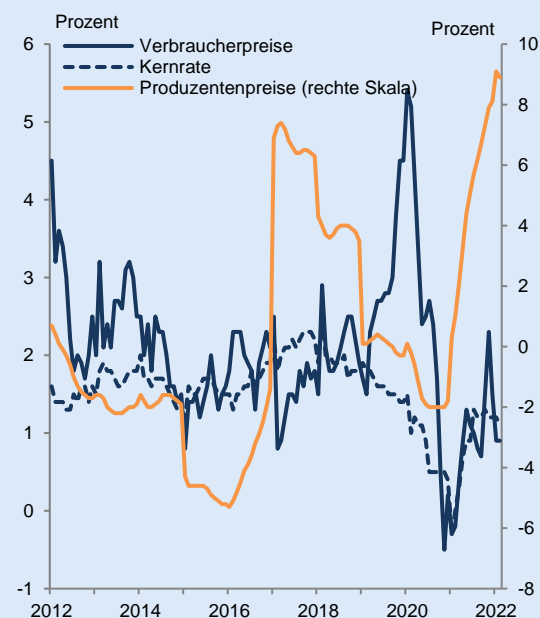
Die Lage am Immobilienmarkt ist weiter von Verunsicherung geprägt. Die Hauspreise in den 70 größten Städten sind im Februar den dritten Monat in Folge gefallen. Der Gesamtumfang von abgeschlossenen Verkaufsverträgen der 100 größten Immobilienentwickler war im Januar um 41 Prozent und im

Februar um 47,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Angesichts des Abschwungs im Immobiliensektor wurden die Finanzierungsvorgaben für Immobilienkonzerne gelockert und die Vergabe von Immobilienkrediten an Käufer beschleunigt. Darüber hinaus hat die Zentralbank die Referenzzinssätze für Hypothekendarlehen leicht reduziert. Die Probleme im Immobiliensektor dürften aber nicht rasch überwunden werden und angesichts der Tatsache, dass 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf den Bausektor und die Immobilienbewirtschaftung entfallen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum spürbar bremsen.

Der Anstieg der Konsumentenpreise hat zuletzt nachgelassen. Die Verbraucherpreisinflation lag im Februar mit 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr deutlich unter der Rate aus dem Dezember von 1,5 Prozent. Die rückläufige Entwicklung ist hauptsächlich auf einen Rückgang der Nahrungsmittelpreise zurückzuführen, welche im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent sanken, nicht zuletzt aufgrund stark rückläufiger Preise für Schweinefleisch (-42,5 Prozent). Die Verbraucherpreise ohne Lebensmittel stiegen im Februar um 2,1 Prozent. Aufgrund staatlicher Regulierung haben Veränderungen der Weltmarktpreise für Energie nur einen geringen Einfluss auf den Verbraucherpreisindex. Die Inflation auf der Produzentenebene ist mit zuletzt 8,8 Prozent hingegen hoch (Abbildung 16).

Angesichts zahlreicher Herausforderungen wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr wohl nur um knapp 5 Prozent steigen und selbst dieser – für chinesische Verhältnisse geringe – Wert ist nur erreichbar, wenn die Corona-Pandemie unter Kontrolle bleibt. Anfang März verabschiedete die Regierung 5,5 Prozent für 2022 das niedrigste Ziel für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts seit 30 Jahren. Die moderate Vorgabe ist den zahlreichen dämpfenden Faktoren geschuldet, die gegenwärtig die chinesische Wirtschaft bremsen. Zur Konsolidierung im Immobiliensektor und der Beeinträchtigung von Konsum und Produktion durch Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 treten nun die Belastungen der Weltwirtschaft durch den Ukrainekrieg hinzu. Chinas Regierung hat angekündigt, bei der Null-Covid

Abbildung 16:
Preisentwicklung in China



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

Politik zu bleiben, will ihre Massnahmen zukünftig aber so ausgestalten, dass die Mobilität der Bevölkerung weniger eingeschränkt und Produktion weniger beeinträchtigt wird als bisher. Es ist aber fraglich, ob das angesichts der hochansteckenden Omikron-Variante gelingen kann. Jüngste Meldungen über einen raschen Anstieg der Fallzahlen in verschiedenen Provinzen, neue Lockdowns und geschlossene Werke westlicher Unternehmen verdeutlichen, dass von der Pandemie weiterhin ein erhebliches Risiko für die Konjunktur in China und die Weltwirtschaft ausgeht. Vor diesem Hintergrund rechnen wir für 2022 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um lediglich 4,8 Prozent, gefolgt von 5,2 Prozent im Jahr 2023.

Gebremste Erholung in der Europäischen Union

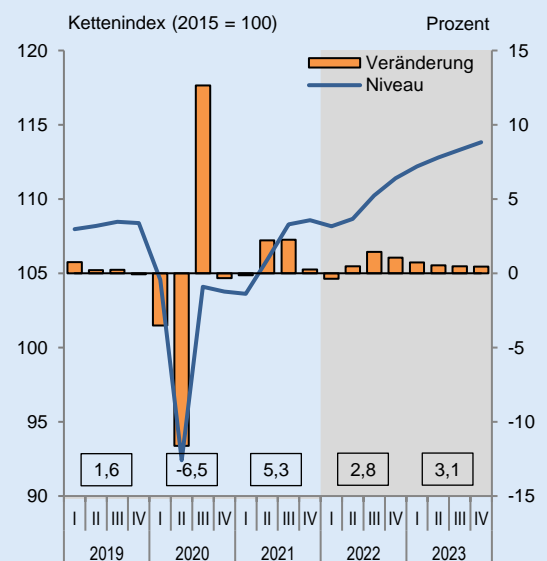
Im Euroraum hat die Wirtschaftsleistung das Vor-Corona-Niveau inzwischen überschritten, und die Verbraucherpreisinflation

hat sich stark beschleunigt.⁴ Nach kräftigen Zuwächsen im vergangenen Sommer hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal nur noch leicht, um 0,3 Prozent, zugelegt. Erneut steigende Infektionszahlen sowie hartnäckige Probleme in den internationalen Lieferketten bremsten die Erholung zunächst wieder aus. Immerhin konnte das Vorkrisenniveau zuletzt überschritten werden. Der Erholungsprozess von der Corona-Krise ist je nach Wirtschaftsbereich und Verwendungsaggregat unterschiedlich weit vorangekommen, was insbesondere in den nachhinkenden Bereichen auf Aufholpotenziale für die bevorstehenden Quartale hindeutet. Die Verbraucherpreisinflation zog im Gefolge steigender Energiepreise seit Beginn des Jahres 2021 kontinuierlich auf zuletzt 5,8 Prozent an. Aber auch die Kernrate der Inflation stieg erheblich und verzeichnete im Februar 2022 mit 2,9 Prozent den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Die Erwerbslosenquote ist trotz der konjunkturellen Verlangsamung weiter gesunken, sie fiel im Januar auf den bisher tiefsten Stand von 6,8 Prozent.

Die negativen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs treffen auf starke konjunkturelle Auftriebskräfte, bremsen aber die weitere Erholung von der Corona-Pandemie. Die konsumbezogene Mobilität war ungeachtet eines enormen Anstiegs der Infektionszahlen seit Jahresbeginn nur wenig beeinträchtigt, und Frühindikatoren zur Zuversicht von Unternehmen und Verbrauchern zeigten bis zum Februar eine gute Stimmung an. Somit waren im Jahresverlauf im Zuge einer weitgehenden Abschaffung von Infektionsschutzmaßnahmen eigentlich kräftige Zuwächse der wirtschaftlichen Aktivität und eine weitgehende Erholung von den Belastungen der Corona-Pandemie angelegt. Vor allem im ersten Halbjahr 2022 behindern die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine jedoch die Konjunktur. Die Wirtschaftstätigkeit wird insbesondere über den Kanal hoher Energiepreise gedämpft, wodurch heimische Kaufkraft abgezogen wird. Während Russland und die Ukraine als Absatzmärkte vielerorts nur von nachgeordneter Bedeutung sind, dürfte die wirtschaftliche Aktivität durch gestörte Lieferketten, weniger

Handelstätigkeit und die stark gestiegene Unsicherheit beeinträchtigt werden. Für das zweite Halbjahr und das kommende Jahr erwarten wir eine wieder kräftigere Konjunktur (Abbildung 17). Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 2,8 Prozent zulegen, gefolgt von 3,1 Prozent (2023). Die Verbraucherpreise steigen im laufenden Jahr mit voraussichtlich 5,2 Prozent so stark wie nie zuvor seit Bestehen der Währungsunion. Im Folgejahr dürfte die Teuerung mit 2,8 Prozent erneut klar oberhalb des Inflationsziels liegen.

Abbildung 17:
Bruttoinlandsprodukt im Euroraum



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

In der übrigen EU sind insbesondere die Mitgliedsländer in Osteuropa stark vom Ukraine-Konflikt betroffen. Zwar hat die Wirtschaftsleistung vielerorts bis zuletzt kräftig zugelegt. So wurde das Vorkrisenniveau etwa in Schweden, Dänemark, Polen und Ungarn bereits deutlich überschritten. Kroatien, Bulgarien und Rumänien haben das Vorkrisenniveau gerade erreicht, lediglich Tschechien liegt immer noch darunter. Allerdings sind die negativen wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der

⁴ Für eine ausführliche Analyse der Konjunktur im Euroraum siehe Boysen-Hogrefe et al. (2022).

Ukraine und der Sanktionen gegen Russland aufgrund der geografischen Nähe und der engeren Handelsverflechtungen mit Russland, aber auch mit der Ukraine, gerade in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU besonders spürbar. Gestützt wird die Wirtschaft hingegen durch den Zustrom von Flüchtlingen – bis Mitte März haben mehr als drei Millionen Menschen die Ukraine verlassen, die zunächst in den Nachbarstaaten versorgt werden müssen und in großer Zahl auch dort verbleiben. Wichtige Auftriebskräfte kommen zudem aus dem Gemeinschaftsprogramm „Next Generation EU“. Die in den Jahren 2022 und 2023 stark steigenden Zuschüsse, die maßgeblich zur

Finanzierung von Projekten zur Dekarbonisierung und Digitalisierung genutzt werden sollen, gehen deutlich überproportional an die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer, entlasten dort die Staatshaushalte und regen wirtschaftliche Aktivität an. So bleibt die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Länderkreis in diesem und im nächsten Jahr trotz der Belastungen durch die Kriegsfolgen insgesamt aufwärtsgerichtet (Tabelle 5). Gleichzeitig nimmt der Inflationsdruck nochmals zu, der insbesondere in Osteuropa stark ist, wo die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr zuletzt mancherorts sogar mit zweistelligen Raten zugelegt haben.

Tabelle 5:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2020-2023

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt					Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023	
Deutschland	25,1	-4,9	2,9	2,2	3,7	0,4	3,2	5,8	3,4	3,8	3,5	3,0	2,9	
Frankreich	17,2	-8,0	7,0	3,1	2,3	0,5	2,1	3,5	2,3	8,0	7,9	7,2	6,8	
Italien	12,4	-9,1	6,6	2,8	2,5	-0,1	2,0	5,2	2,1	9,3	9,6	8,7	8,3	
Spanien	8,4	-10,8	5,0	5,2	4,3	-0,3	3,0	5,7	2,7	15,5	14,8	12,3	11,5	
Niederlande	6,0	-3,8	4,8	2,7	2,9	1,1	2,8	6,6	3,0	4,9	4,2	3,3	3,0	
Belgien	3,4	-5,7	6,1	2,5	2,3	0,4	3,2	7,1	2,9	5,8	6,3	5,2	4,9	
Österreich	2,8	-6,8	4,6	3,2	2,9	1,4	2,8	4,8	3,0	6,0	6,2	4,7	4,2	
Irland	2,8	5,9	13,4	1,0	3,5	-0,5	2,4	5,2	3,6	5,9	6,3	5,0	4,5	
Finnland	1,8	-2,3	3,3	1,1	2,2	0,4	2,1	3,8	2,5	7,7	7,7	6,7	6,4	
Portugal	1,5	-8,4	4,9	5,1	3,6	-0,1	0,9	3,9	2,8	7,1	6,6	6,0	5,9	
Griechenland	1,2	-8,7	7,9	2,8	3,2	-1,3	0,6	5,2	2,4	16,4	14,8	12,9	12,0	
Slowakei	0,7	-4,4	3,0	0,4	3,2	2,0	2,8	7,6	5,0	6,7	6,8	6,5	5,7	
Luxemburg	0,5	-1,8	6,9	1,4	2,8	0,0	3,5	5,1	2,9	6,7	5,6	5,1	5,0	
Slowenien	0,4	-4,8	8,1	5,2	3,5	-0,3	2,1	5,8	3,4	5,0	4,8	4,2	3,9	
Litauen	0,4	0,0	4,8	1,2	3,4	1,1	4,6	9,7	5,1	8,5	7,1	7,3	6,3	
Lettland	0,2	-3,8	4,5	0,7	4,1	0,1	3,2	7,1	5,3	8,1	7,6	7,5	6,5	
Estland	0,2	-2,6	8,2	2,7	3,4	-0,6	4,5	8,9	5,1	6,9	6,2	5,0	4,5	
Zypern	0,2	-5,0	5,5	1,5	2,2	-1,1	2,3	4,8	2,8	7,6	7,5	6,2	5,5	
Malta	0,1	-8,2	9,3	4,1	3,2	0,8	0,7	5,3	4,0	4,4	3,6	3,0	2,9	
Schweden	3,5	-3,1	4,6	2,7	2,4	0,7	2,7	3,8	2,5	8,5	8,8	7,6	6,8	
Polen	3,9	-2,5	5,6	3,5	3,1	3,6	5,2	8,2	5,8	3,2	3,4	3,0	2,8	
Dänemark	2,3	-2,1	4,1	2,7	2,3	0,3	1,9	4,4	2,3	5,7	5,1	4,5	4,3	
Tschechien	1,6	-5,8	3,3	2,7	3,8	3,3	3,3	8,2	5,7	2,6	2,8	2,1	2,0	
Rumänien	1,6	-3,4	5,8	1,0	3,7	2,3	4,1	6,9	4,7	6,1	5,6	5,4	4,5	
Ungarn	1,0	-4,9	7,1	2,9	3,5	3,4	5,2	8,2	6,1	4,1	4,1	3,6	3,4	
Bulgarien	0,5	-4,1	3,8	2,0	3,4	1,2	2,8	7,5	5,0	6,1	5,3	4,3	3,9	
Kroatien	0,4	-7,8	10,0	2,4	3,9	0,0	2,7	7,4	4,7	7,8	7,8	6,2	5,5	
Europäische Union	100,0	-5,9	5,3	2,8	3,1	0,7	2,9	5,6	3,2	7,2	7,0	6,1	5,7	
Nachrichtlich:														
Europäische Union 11	88,9	-6,2	5,3	2,8	3,0	0,3	2,5	5,1	2,7	8,0	7,8	6,7	6,3	
Beitrittsländer	11,1	-3,8	5,5	2,6	3,4	2,7	4,3	7,8	5,4	4,7	4,6	4,1	3,7	
Euroraum	85,1	-6,4	5,3	2,8	3,1	0,3	2,6	5,2	2,8	8,0	7,7	6,7	6,3	
Euroraum ohne DE	60,0	-7,0	6,3	3,0	2,9	0,2	2,3	5,0	2,6	9,5	9,2	8,0	7,5	

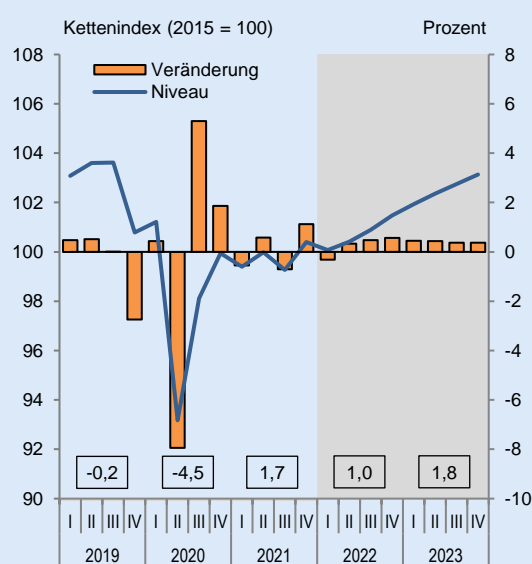
Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2020. — Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). — Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2020. — Beitrittsländer seit 2004. * Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt und Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden; außerdem bezieht sich die ILO-Erwerbslosenquote auf die Erwerbspersonen gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (statt auf die Erwerbspersonen gemäß Mikrozensus).

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wenig konjunktureller Schwung in Japan

Die Corona-Pandemie prägt nach wie vor das konjunkturelle Profil. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal als Folge einer Corona-Infektionswelle im Sommer deutlich rückläufig gewesen war, legte es gegen Jahresende bei wieder deutlich gesunkenen Fallzahlen mit einer Rate von 1,4 Prozent kräftig zu (Abbildung 18). Maßgeblich war die Erholung des privaten Konsums, der um 2,4 Prozent stieg. Außerdem nahmen die Exporte Fahrt auf, während die Importe nochmals etwas zurückgingen. Auch die Investitionen blieben schwach; die Unternehmensinvestitionen wurden nur leicht erhöht, Wohnungsbau und öffentliche Investitionen schrumpften sogar nochmals spürbar. Für das erste Quartal zeichnet sich eine erneute Abschwächung ab. Die Ausbreitung der Omikron-Variante hat auch in Japan die Infektionsrate auf Rekordhöhe getrieben, und die Infektionsschutzmaßnahmen wurden wieder verschärft. Die Einkaufsmanagerindizes sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungsbereich sind im Februar eingebrochen und signalisieren einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität.

Abbildung 18:
Bruttoinlandsprodukt in Japan

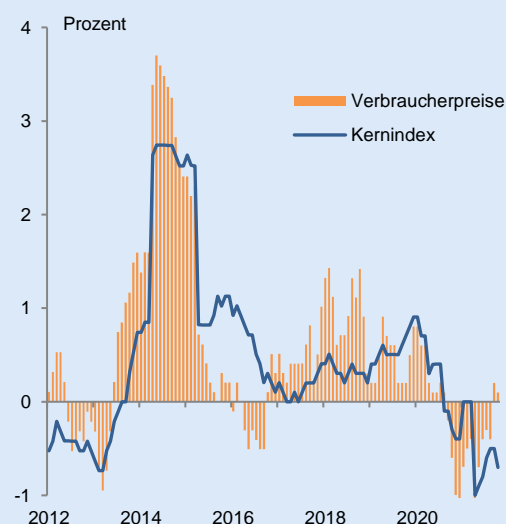


Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Inflation ist vergleichsweise moderat, dürfte aber in den kommenden Monaten deutlich steigen. Die Verbraucherpreise waren im Januar lediglich um 0,5 Prozent höher als vor einem Jahr, die Kernrate ohne Energie und frische Nahrungsmittel bewegte sich zuletzt sogar deutlich im negativen Bereich (Abbildung 19). Maßgeblich hierfür waren vor allem niedrigere Telekommunikationstarife, die im vergangenen Frühjahr infolge einer Gesetzesänderung drastisch – um mehr als 30 Prozent – gesunken waren. Wenn dieser Preissprung ab April aus dem Vorjahresvergleich herausfällt, wird die Inflationsrate deutlich steigen, zumal die höheren Preise für Energie am Weltmarkt ebenfalls preissteigernd wirken werden. Für das Jahr 2022 insgesamt rechnen wir mit einer Inflationsrate von 1,8 Prozent, nach dem Rückgang um 0,2 Prozent im vergangenen Jahr. Damit liegt sie freilich immer noch unter dem Ziel der Notenbank von 2 Prozent und bei wieder nachgebenden Rohstoffpreisen dürfte sich der Preisaufrtrieb im kommenden Jahr wieder verringern. Vor diesem Hintergrund dürfte die Bank von Japan die Notenbankzinsen nicht anheben und ihre Politik fortsetzen, durch Anleihekäufe die langfristigen Zinsen niedrig zu halten. Die Erwartung einer zunehmenden Zinsdifferenz

Abbildung 19:
Verbraucherpreise in Japan



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan.

zwischen den Vereinigten Staaten und Japan hat in den vergangenen Monaten zu einer deutlichen Abwertung des Yen, geführt. Für einen US-Dollar müssen inzwischen mehr als 115 Yen bezahlt werden, im September waren es noch weniger als 110 Yen.

Die konjunkturelle Entwicklung bleibt moderat. Für das Sommerhalbjahr rechnen wir mit einem nur mäßigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Zwar dürfte die zuletzt verzeichnete Dämpfung der inländischen Verwendung durch die Pandemie entfallen, die höheren Rohstoffpreise und die mit dem Ukraine-Krieg verbundene Unsicherheit sowie die verhaltene wirtschaftliche Expansion in China wirken aber bremsend. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Konjunktur aber wieder beleben, zumal sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit japanischer Produzenten durch die Abwertung des Yen verbessert hat. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent in diesem und 1,8 Prozent im nächsten Jahr (Tabelle 6).

Tabelle 6:

Eckdaten zur Konjunktur in Japan

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	1,7	1,0	1,8
Heimische Absorption	-3,7	0,6	0,8	1,6
Privater Verbrauch	-6,0	1,8	1,7	1,9
Staatsverbrauch	2,7	1,7	1,5	0,9
Anlageinvestitionen	-0,5	-5,5	-2,4	1,8
Unternehmensinvestitionen	-6,7	-0,4	-2,1	1,9
Wohnungsbau	-7,8	-7,8	-7,8	-7,8
Öffentliche Investitionen	3,7	-3,0	-3,9	2,4
Lagerinvestitionen	-0,1	-0,1	0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,6	0,8	0,1	0,1
Exporte	-11,8	11,8	1,9	2,6
Importe	-7,3	5,3	1,0	1,8
Verbraucherpreise	0,0	-0,2	1,8	1,0
Arbeitslosenquote	2,8	2,8	2,7	2,6
Leistungsbilanzsaldo	2,9	3,5	1,5	2,4
Budgetsaldo	-9,5	-6,5	-6,5	-5,0

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. — Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbsspersonen. — Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

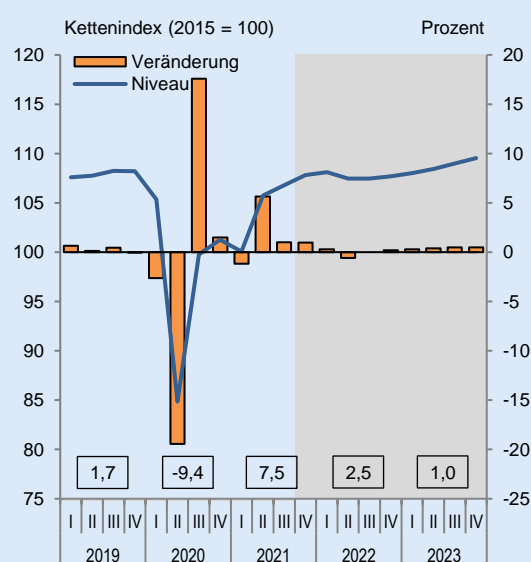
Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Kapazitätsengpässe im Vereinigten Königreich

Die Erholung der britischen Wirtschaft setzte sich im Winterhalbjahr trotz weiterer Corona-Wellen fort. Die britische Wirtschaft expandierte im vierten Quartal erneut mit einer Rate von 1 Prozent recht kräftig und hat inzwischen das Produktionsniveau von vor der Krise wieder erreicht (Abbildung 20). Impulse kamen von den Exporten, die nach einem Rückgang im Quartal zuvor deutlich zulegten, von einer verstärkten Investitionstätigkeit und höheren Staatsausgaben, während der private Verbrauch an Schwung verlor. Um die Jahreswende kam es im Zuge der Ausbreitung der Omikron-Variante zu einer hohen Corona-Infektionswelle. Vor allem eine hohe Zahl an Fehlzeiten durch Quarantänefälle bremste zeitweise die wirtschaftliche Aktivität spürbar, so dass die britische Regierung angesichts der relativ geringen Krankheitslast dieser Virusvariante die Quarantäneregeln im Zusammenhang mit Corona aufhob. Ende Februar wurden alle verbliebenen Corona-Restriktionen aufgehoben. In den ersten beiden Monaten des Jahres verbesserten sich die Einkaufsmanagerindizes sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im

Abbildung 20:

Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Dienstleistungsbereich deutlich und zeigten eine spürbare Produktionsausweitung an. Hingegen gab das Verbrauchervertrauen unter dem Eindruck stark steigender Preise merklich nach.

Der Inflationsdruck hat stark zugenommen.

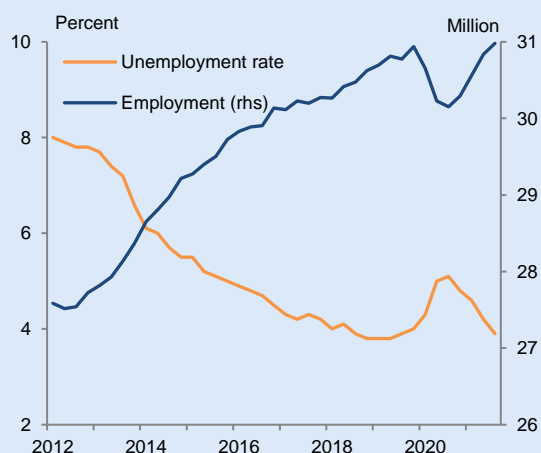
Die Inflationsrate kletterte im Januar auf 5,5 Prozent, und das Auslaufen einer befristeten Mehrwertsteuersenkung in der Gastronomie sowie die Erhöhung des Preisdeckels für Gas und Elektrizität wird im Frühjahr für einen weiteren Preisschub sorgen. Hinzu kommen die Auswirkungen des jüngsten Anstiegs der Rohstoffpreise, die insbesondere bei Kraftstoffen rasch auf die Verbraucherebene durchwirken. Am Arbeitsmarkt treten zunehmend Knappheiten auf. Trotz der Beendigung der Kurzarbeiterregelung ist die Arbeitslosigkeit weiter gesunken und lag zuletzt mit 4,1 Prozent nur noch knapp über den vor dem Ausbruch der Pandemie verzeichneten Tiefstwerten (Abbildung 21). Die Zahl der offenen Stellen ist auf Rekordniveau, vor allem für Stellen mit geringer Qualifikation und Bezahlung, was wohl nicht zuletzt auf die Abwanderung von Arbeitskräften aus Osteuropa nach dem Brexit zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund haben die Löhne spürbar angezogen; nach Schätzungen stiegen sie zuletzt mit Raten von über 5 Prozent (NIESR 2022).

Geld- und Finanzpolitik werden gestrafft. Die Bank von England hat auf den steigenden Inflationsdruck reagiert und im Dezember und Anfang Februar den Leitzins leicht auf 0,25 Prozent angehoben. Erwartet werden weitere Zinserhöhungen bis auf 1,5 Prozent im nächsten Jahr. Gleichzeitig bedeutet der längerfristige Budgetrahmen für die einzelnen Ministerien, der in nominalen Werten für die nächsten drei Jahre festgelegt ist, dass die realen Ausgaben gegenüber den Planungen reduziert werden müssen, da die Inflation wohl deutlich höher ausfallen wird als unterstellt. Auch wenn wohl letztlich der Finanzrahmen angepasst werden dürfte, wird der übermäßige Preisanstieg wohl nicht vollständig kompensiert werden.

Die gesamtwirtschaftliche Expansion verlangsamt sich deutlich. Bei diesen

Rahmenbedingungen und angesichts einer schwächeren Weltkonjunktur wird die britische Wirtschaft in diesem Jahr deutlich an Fahrt verlieren. Der Preisschock im Frühjahr dürfte die Konsumneigung reduzieren und die erhöhte Unsicherheit wird auf den Investitionen lasten, so dass das Bruttoinlandsprodukt in den kommenden Monaten sogar sinken dürfte. Für den Jahresdurchschnitt 2022 rechnen wir aufgrund des hohen statistischen Überhangs aus dem Vorjahr noch mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,5 Prozent. Im Jahr 2023 dürfte der Zuwachs trotz einer etwas stärkeren Expansion im Verlauf nur noch 1 Prozent betragen.

Abbildung 21:
Arbeitsmarkt im Vereinigtem Königreich



Quarterly data, seasonally adjusted.

Source: Office for National Statistics, *Economy*.

Erholung in den Schwellenländern verliert an Schwung

Die Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität in Indien schreitet voran. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist auch im vierten Quartal mit einer Rate von 1,8 Prozent kräftig gestiegen, nachdem im Quartal zuvor der im Frühjahr verzeichnete neuerliche pandemiebedingte Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität weitgehend wieder wettgemacht worden war. Das Bruttoinlandsprodukt lag um 5,3 Prozent höher als vor dem Ausbruch der Pandemie. Anfang 2022 wurden die Infektionsschutzmaßnahmen als Reaktion auf einen erneuten Anstieg

der Infektionszahlen abermals verschärft, doch die Omikron-Welle ebte in Indien rasch wieder ab und die Auswirkungen auf Produktion und Nachfrage dürften gering gewesen sein. Dort wo sie die wirtschaftliche Aktivität spürbar gebremst hat, vor allem in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen, dürfte sich die Produktion rasch erholen. Der private Konsum wird im laufenden Jahr durch Fortschritte im Impfprogramm gestützt. Impulse gehen auch von einem Infrastrukturprogramm der Regierung aus, während die Exporte wohl nur noch verhalten expandieren werden. Wir erwarten für dieses Kalenderjahr im Zuge der weiteren konjunkturellen Erholung von dem pandemiebedingten

Produktionseinbruch einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 9,2 Prozent; im kommenden Jahr dürfte die wirtschaftliche Expansion mit 7,7 Prozent nochmals höher ausfallen als im mittelfristigen Trend (Tabelle 7). Die Inflation erreichte zu Jahresbeginn die Obergrenze des Zielbandes der Notenbank von 6 Prozent und wird in den kommenden Monaten wohl weiter steigen. Da der Inflationsdruck vor allem von den volatilen Komponenten des Preisindex ausgeht, dürfte die Zentralbank ihre Politik vorerst nur leicht straffen. Vor allem steigende Nahrungsmittelpreise bilden allerdings ein Risiko für die Konjunktur.

Tabelle 7:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern 2019–2022

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
Indonesien	5,7	-2,1	3,3	5,6	6,0	2,0	1,6	2,8	3,2
Thailand	2,2	-6,1	1,3	4,1	4,7	-0,8	0,9	2,5	2,0
Malaysia	1,6	-5,6	3,5	5,7	5,7	-1,1	2,5	3,0	2,0
Philippinen	1,6	-9,6	4,6	4,6	4,5	2,6	4,3	4,0	3,2
Insgesamt	11,0	-4,5	3,1	5,2	5,5	1,1	1,9	3,0	2,8
China	41,5	2,3	8,1	4,8	5,2	2,5	1,1	1,8	2,3
Indien	15,4	-6,5	8,1	9,2	7,7	6,6	5,1	6,3	5,4
Asien insgesamt	67,9	-0,8	7,3	5,9	5,8	3,2	2,2	3,0	3,1
Brasilien	5,4	-3,9	4,7	0,7	1,8	3,2	8,3	9,5	6,0
Mexiko	4,2	-8,2	4,8	2,6	2,3	3,4	5,7	5,2	3,8
Argentinien	1,6	-9,9	9,4	2,4	2,0	42,0	48,4	52,1	46,3
Kolumbien	1,3	-6,8	9,8	4,1	3,2	2,5	3,5	6,8	5,0
Chile	0,8	-5,8	11,7	2,7	1,5	3,0	4,5	7,2	4,6
Peru	0,7	-11,0	12,6	3,1	3,0	1,8	4,0	5,8	4,0
Lateinamerika insgesamt	13,9	-6,6	6,5	2,0	2,1	7,6	11,3	12,6	9,8
Ägypten	2,2	3,6	3,3	5,0	4,6	5,7	5,2	7,6	5,8
Nigeria	1,8	-1,8	3,0	3,3	2,8	13,2	17,0	17,5	15,0
Südafrika	1,4	-6,4	5,0	2,0	2,5	3,3	4,6	5,5	4,8
Algerien	0,9	-4,9	3,8	3,1	2,9	2,4	6,7	8,5	7,2
Äthiopien	0,5	6,1	2,4	3,5	5,5	20,4	26,7	28,0	20,0
Afrika Insgesamt	6,7	-0,8	3,6	3,6	3,5	7,9	10,0	11,4	9,3
Russland	7,0	-3,0	4,7	-4,5	-2,6	2,6	5,9	25,0	18,0
Türkei	4,4	1,6	11,0	3,0	2,4	12,3	17,0	50,0	40,0
Aufgeführte Länder	100,0	-1,7	6,9	4,3	4,4	4,5	4,9	8,5	7,1

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 nach Kaufkraftparitäten. — Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Wirtschaft in Lateinamerika expandiert nur in moderatem Tempo. Nachdem sich die Erholung von dem im Jahr 2020 verzeichneten pandemiebedingten Produktionseinbruch in Lateinamerika überraschend schnell vollzogen hatte, verlor die wirtschaftliche Dynamik im vergangenen Jahr insgesamt deutlich an Fahrt. Dies lag vor allem an den beiden größten Volkswirtschaften. In Brasilien war das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal nicht höher als im ersten Quartal, in Mexiko lediglich um 0,3 Prozent. Hingegen setzte sich die kräftige Expansion in Chile, Peru, Kolumbien und bis zum dritten Quartal auch in Argentinien fort. Um der steigenden Inflation zu begegnen und Abwertungsdruck auf die heimische Währung gegenüber dem Dollar stabil zu halten, wurden die Leitzinsen in den meisten Ländern bereits ab dem Frühsommer schrittweise angehoben, in Brasilien zuletzt auf 10,75 Prozent. Für die kommenden Monate sind weitere Zinsschritte zu erwarten, da sich die inflationären Tendenzen bis zuletzt weiter verstärkt haben und die Notenbanken versuchen werden, ihre Währungen attraktiv zu halten, wenn die amerikanische Notenbank nach dem Ende der Anleihekäufe nun beginnt, ihre Zinsen anzuheben. Das höhere Zinsniveau und die Inflation belasten den inländischen Konsum. Auch in der Fiskalpolitik, die im vergangenen Jahr wesentlich dazu beigetragen hatte, den Konsum zu stabilisieren, zeichnet sich ein restriktiver Kurs ab. Das Investitionsklima wird zudem in einigen Ländern von hoher politischer Unsicherheit belastet. So sind die in Brasilien und in Kolumbien anstehenden Wahlen von starker politischer Polarisierung geprägt, und in Chile haben Äußerungen des Umweltkomitees zur möglichen Verstaatlichung im Minensektor bei der Erarbeitung der neuen Verfassung ebenso verunsichert wie die geplante erneute Verstärkung des staatlichen Einflusses im Energiesektor in Mexiko. Die Stimmungskennzeichen verblieben zuletzt auf niedrigem Niveau oder drehten ins Negative. Hingegen werden die Exporte von den Rekordpreisen an den Rohstoffmärkten profitieren, wenngleich die Steigerung der Produktionsmengen kurzfristig wohl nur in begrenztem Umfang möglich ist. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Lateinamerika nach dem Anstieg um 6,3 Prozent im Jahr 2021 in

diesem Jahr nur noch um 2,2 Prozent expandieren. Für 2023 rechnen wir mit einem ähnlich moderaten Zuwachs um 2,3 Prozent.

Russland steht vor einer schweren Rezession. Die russische Wirtschaft befand sich vor dem Einmarsch in die Ukraine in einer Phase moderater Expansion, wobei vor allem die Aktivität im Dienstleistungssektor durch die Pandemie gebremst wurde, während die Aktivität in der Industrie deutlich aufwärtsgerichtet war. Mit dem Ukrainekrieg haben sich die Rahmenbedingungen drastisch geändert. Die Sanktionen zielen nicht zuletzt auf den Finanzsektor und haben zu einem drastischen Kursverfall des Rubels geführt. Um die Kapitalflucht zu stoppen, wurden Devisenbeschränkungen eingeführt und der Leitzins auf 20 Prozent mehr als verdoppelt. Neben finanziellen Engpässen belastet der Exodus westlicher Unternehmen die Produktion, die aufgrund der Sanktionen, häufiger aber noch als freiwillige Konsequenz aus der geopolitischen Situation ihre Aktivitäten in Russland eingestellt oder stark reduziert haben. Der damit verbundene Rückgang des internationalen Austauschs von Waren, aber auch von Dienstleistungen und Knowhow wird nicht nur kurzfristig zu einem schweren Wirtschaftseinbruch beitragen, sondern verschlechtert auch die Wachstumsaussichten für die russische Wirtschaft auf längere Sicht massiv. Während die gesamtwirtschaftliche Produktion im Prognosezeitraum stark sinkt, dürfte die Inflation massiv ansteigen, zum einen weil viele Güter als Folge von fehlenden Importen und damit verbundenen Problemen in den Produktionsketten Mangelware werden dürften, zum anderen weil Lohnsteigerungen und höhere Sozialleistungen zu erwarten sind, um den Unmut der Bevölkerung zu mindern, die letztlich durch die Notenpresse finanziert werden.

Steigende Weltmarktpreise für Energie und Nahrungsmittel belasten die Konjunktur in Afrika. Die wirtschaftliche Erholung von der pandemiebedingten Rezession kam in Afrika nur langsam voran. Vor allem in den Ländern südlich der Sahara wurde die Normalisierung der wirtschaftlichen Aktivität durch sehr geringe Impffortschritte gebremst – selbst in Südafrika lag die Impfquote zuletzt bei nur 40 Prozent.

Zudem belasten militärische Auseinandersetzungen die Konjunktur, so etwa in Äthiopien, wo sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr erheblich verringerte. Im Prognosezeitraum werden die jüngsten Entwicklungen an den Rohstoffmärkten die Konjunktur belasten. Zwar sind viele Länder auch Exporteure von Rohstoffen. Der Anstieg der Preise für Öl und Gas kommt jedoch nur einer Minderheit unter den afrikanischen Ländern zu

Gute, und die Rekordpreise für Getreide und andere wichtige Nahrungsmittel stellen viele Länder vor Probleme. Für die fünf größten Volkswirtschaften des Kontinents rechnen wir insgesamt mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Prognosezeitraum um reichlich 3,5 Prozent jährlich. Damit steigt das Pro-Kopf-Einkommen aber nur leicht und die afrikanische Wirtschaft bleibt weiter deutlich hinter dem vor der Krise erwarteten Produktionsniveau zurück.

Kasten 1:**Zu den Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland^a**

Sanktionen zielen in der Regel darauf ab, das Verhalten des sanktionierten Landes zu ändern. Die Ziele von Sanktionen reichen von der Beilegung von (gewaltsamen) Konflikten, Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen, der Förderung von Demokratisierung und Nichtverbreitung bis hin zu handels- oder industriepolitischen Fragen. Politisch gesehen können Sanktionen Regierungen stabilisieren oder destabilisieren, zu Machtverschiebungen innerhalb von Ländern führen und die politischen Beziehungen zwischen dem sanktionierenden Land und dem Zielland der Sanktion verändern (Escribà-Folch und Wright 2015).

Wirksamkeit umstritten

Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen zur Erreichung politischer Ziele ist jedoch umstritten (Pape 1997, 1998; Hufbauer et al. 2007). Zum einen weil Studien zeigen, dass nur ein Drittel der Sanktionen das Sanktionsziel tatsächlich erreichen, zum anderen weil Sanktionen eine Vielzahl von Wirkungen haben, insbesondere auf die Betroffenen. Das Sanktionsregime gegen den Irak in den 1990er Jahren mit seinen dramatischen humanitären Auswirkungen auf die irakische Bevölkerung (Drezner 2011) hat beispielsweise zwei Dinge deutlich gemacht: Autoritäre Regime verteilen die Last breit angelegter Sanktionen oft innerhalb ihrer Länder um, so dass solche Sanktionen nicht die Politiker, Eliten und Entscheidungsträger treffen, sondern die Kosten von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Trotzdem kommt es meist nicht zu einer Revolution gegen die Elite, wie es als Effekt vielleicht erwünscht wäre, sondern wird die Unterstützung für das Regime durch den sogenannten "rally-around-the-flag"-Effekt gestärkt (Grauvogel und von Soest 2014). Dies hat in der Folge zu einer Änderung der Sanktionspolitik geführt, und es werden zunehmend sogenannte "intelligente" oder "gezielte Sanktionen" angewandt. Diese zielen auf einzelne mächtige Personen, Personengruppen und Unternehmen ab und versuchen, diese zu treffen, beispielsweise indem sie Konten und Vermögenswerte im Ausland einfrieren und ihnen die Einreise ins Land verbieten.

„Friendly Fire“

Ziel von Sanktionen ist nicht zuletzt die Veränderung oder Zerstörung von Finanz- und/oder Handelsströmen, um den Wohlstand des sanktionierten Landes zu verringern. Allerdings haben Sanktionen nicht nur für die Zielländer, sondern auch für die Absender negative Folgen. Diese Kosten verteilen sich innerhalb der Sanktionskoalitionen in der Regel ungleich auf die Länder, je nachdem wie stark und auf welche Weise sie mit dem sanktionierten Land wirtschaftlich verflochten sind. So finden Chowdhry et al. (2020), dass im Falle der Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt im Jahr 2014 die Hauptlast der Sanktionen innerhalb der NATO mit 8,1 Mrd. US-Dollar von Deutschland getragen wurde. Dabei entfällt ein wesentlicher Teil der Kosten auf Einbußen im Handel, die nicht direkt von Sanktionen erfasst sind (sog. Friendly Fire), was offenbar auf Unsicherheit und eine veränderte Risikoeinschätzung der Firmen im Handel mit Russland zurückzuführen war (Crozet und Hinz 2020). Auch Drittländer können betroffen sein, da selbst "bilaterale" Sanktionen zu Handelsumlenkungen oder Handelsunterbrechungen führen und sich somit über die globale wirtschaftliche Integration auf eigentlich unbeteiligte Länder auswirken (siehe z. B. Crozet und Hinz 2020; Neuenkirch und Neumeier 2015, 2016).

Ein Paradoxon (Drezner 1999) scheint darin zu bestehen, dass in den letzten 70 Jahren zunehmend Wirtschaftssanktionen eingesetzt wurden, um außenpolitische Ziele zu erreichen, obwohl die Kosten von Sanktionen nicht nur die Beteiligten, sondern auch Dritte treffen, und die Erfolgsaussichten zweifelhaft sind. Die Zahl der verhängten (bilateralen und multilateralen) Sanktionen ist von etwa 20 im Jahr 1950 auf rund 250 im Jahr 2019 gestiegen (Felbermayr et al. 2020). Gleichzeitig ist die Zahl der zwischenstaatlichen bewaffneten Konflikte in den letzten 30 Jahren stark zurückgegangen (Kamin 2022). Anscheinend wird das Instrument der Wirtschaftssanktionen zunehmend als Alternative zu einer militärischen Intervention gewählt, da deren humanitäre und wirtschaftliche Kosten zu groß sind.

Empfindliche Sanktionen der westlichen Welt

Die Sanktionen der westlichen Staatengemeinschaft gegen Russland sind massiv. Die Guthaben der russischen Zentralbank in den sanktionierenden Ländern wurden stillgelegt, so dass wohl mehr als die Hälfte der umfangreichen Devisenreserven nicht nutzbar ist. Die Banken wurden von der Teilnahme am internationalen Informationssystem SWIFT ausgeschlossen (mit Ausnahme der Banken, die für die Abwicklung der Rohstoffexporte wichtig sind), was dazu führt, dass Finanztransaktionen nur noch mit großem Aufwand und zusätzlichen Risiken möglich sind. Zudem wurden Ausfuhrverbote erlassen, so für Güter, Technologien und Dienstleistungen für die Luft- und Raumfahrtindustrie und die ölverarbeitende Industrie,

für Hochtechnologieprodukte, insbesondere Mikrochips und Technik zu ihrer Herstellung, und zuletzt auch für eine große Zahl von Luxusgütern, um die Konsummöglichkeiten der Ober- und Mittelschicht der russischen Gesellschaft einzuschränken. Hinzu kommen persönliche Sanktionen gegen zahlreiche Politiker und Oligarchen, die von Einreiseverboten bis zur Konfiskation von Vermögenswerten reichen. Die Sanktionen wurden verhängt unter Führung der Vereinigten Staaten, der EU und des Vereinigten Königreichs, aber zahlreiche Staaten schlossen sich an. Darunter sind einige, die für die Durchschlagskraft der Maßnahmen wichtig sind, etwa die Schweiz (Finanzsektor und Vermögensverwaltung) oder Taiwan und Südkorea (Computerchips, Informationstechnologie).

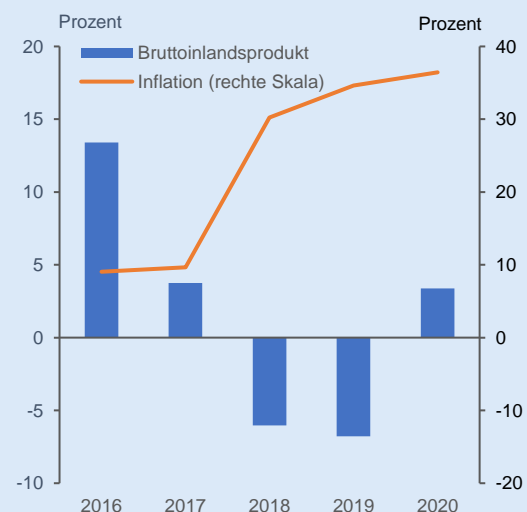
Wirtschaftliche Auswirkungen: Das Beispiel Iran

Ähnlich harte Sanktionen wurden in der Vergangenheit von den Vereinigten Staaten gegenüber dem Iran verhängt, um das Land zur Aufgabe seines Programms zur Herstellung kernwaffenfähigen Urans zu bewegen, zuletzt von der Regierung Trump im Jahr 2018. In diesem Fall beteiligten sich zwar deutlich weniger andere Länder an den Maßnahmen, doch führte die Androhung von Strafen gegen Unternehmen aus anderen Ländern, die weiterhin sanktionierte Geschäfte mit dem Iran tätigten, zu einer hohen Wirksamkeit.

So mag die wirtschaftliche Entwicklung im Iran im Gefolge der US-Sanktionen des Jahres 2018 einen Hinweis geben auf das mögliche Ausmaß der wirtschaftlichen Konsequenzen der Sanktionen gegen Russland. Das Bruttoinlandsprodukt brach in den Jahren 2018 und 2019 um insgesamt 12 Prozent ein (Abbildung K1-1). Gleichzeitig stieg die Inflationsrate stark an, von knapp 10 Prozent im Jahr 2017 auf mehr als 30 Prozent seither.

Die Vergleichbarkeit hat allerdings Grenzen: Während im Fall Russlands der Handel mit Energierohstoffen ausdrücklich von den Sanktionen ausgenommen ist – lediglich die Vereinigten Staaten haben den Import russischen Erdöls verboten, da er nur einen kleinen Teil des Verbrauchs im Land abdeckt –, war es ein zentrales Ziel der Sanktionen gegen den Iran, die Ölexporte zu treffen und damit die Exporteinnahmen zu reduzieren. Dies gelang auch weitgehend: Die Ausfuhr von Rohöl brach im Laufe des Jahres 2018 um zwei Drittel ein und hat sich seither nicht erholt. Andererseits hat die russische Aggression in der Ukraine zur Folge, dass viele westliche Unternehmen auch wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland abbrechen, die nicht sanktioniert sind, wodurch die wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen verstärkt werden dürften.

Abbildung K1-1
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Iran im Umfeld der Verhängung von Sanktionen im Jahr 2018



Jahresdaten. BIP: preisbereinigt.

Quelle: IWF, WEO.

^a Dieser Kasten entstand unter maßgeblicher Mitwirkung von Katrin Kamin, Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Literatur

- Beckmann, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, N. Sonnenberg and Stolzenburg, U., Inflation Expectations: Quo Vadis?, Publication for the committee on Economic and Monetary Affairs, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg, 2022. Boysen-Hogrefe J., D. Groll, S. Kooths, N. Sonnenberg, U. Stolzenburg (2022), Kriegsschock lastet auf Erholung, Kieler Konjunkturberichte Nr. 88 (2022 | Q1))
- Chowdhry, S., Felbermayr, G., Hinz, J., Jacobs, A., Kamin, K., and Mahlkow, H., 2020. The economic costs of war by other means. Kiel Policy Brief, 147, Kiel Institute for the World Economy, Kiel.
- Crozet, M. and Hinz, J., 2020. Friendly fire: the trade impact of the Russia sanctions and counter-sanctions. Economic Policy, 35(101), 97–146.
- Drezner, D.W., 1999. The Sanctions Paradox: Economic Statecraft and International Relations, Cambridge University Press.
- Drezner, D.W., 2011. Sanctions Sometimes Smart: Targeted Sanctions in Theory and Practice. International Studies Review 13(1), 96–108.
- Escribà-Folch, A. and Wright, J., 2015. Foreign Pressure and the Politics of Autocratic Survival. New York, NY: Oxford University Press.
- Felbermayr, G., Kirilakha, A., Syropoulos, C., Yalcin, E. and Yotov, Y. V., 2020. The global sanctions data base. European Economic Review, 129, 103561.
- Gern K.J, J. Reents, S. Kooths, U. Stolzenburg (2021), Expansion vorübergehend gedämpft, Kieler Konjunkturberichte Nr. 85 (2021 | Q4).l
- Grauvogel, J. and von Soest, C., 2014. Claims to Legitimacy Count: Why Sanctions Fail to Instigate Democratization in Authoritarian Regimes. European Journal of Political Research, 53(4), 635–53.
- Hufbauer, G. C., Schott, J. J., Elliott, K. A. and Oegg, B., 2007. Economic sanctions reconsidered. Peterson Institute.
- Kamin, K., 2022. Bilateral trade and conflict heterogeneity. The impact of conflict and trade revisited. Kiel Working Paper, 2173, forthcoming. Kiel Institute for the World Economy, Kiel.
- Lenoël, C., R. Macqueen, P. Mortimer-Lee, U. Patel and K. Whyte (2022). UK Economic Outlook: Covid-19 leaves inflation in its wake. National Institute UK Economic Outlook, Winter 2022: 5-28.
- Neuenkirch, M. and Neumeier, F., 2015. The Impact of UN and US Economic Sanctions on GDP Growth. European Journal of Political Economy, 40, 110–25.
- Neuenkirch, M. and Neumeier, F., 2016. The Impact of US Sanctions on Poverty. Journal of Development Economics, 121, 110–19.
- Pape, R. A., 1997. Why economic sanctions do not work. International security, 22(2), 90-136.
- Pape, R. A., 1998. Why economic sanctions still do not work. International Security, 23(1), 66-77.